

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteht wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **585 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau

Als typisch für die noch bevorstehenden Bilanzen großer Montanbetriebe, die ihr Geschäftsjahr am 30. Juni abschließen, werden die Jahresabschlüsse des Bochumer Gußstahlvereins und der Vereinigten Stahlwerke von der Thyssen und Wessener Eisenhütten A.-G. Köln-Deutz angesehen. Bei wesentlich gesteigerten Gewinnen haben diese Gesellschaften nämlich die Dividenden unverändert belassen, aber im Hinblick auf den Konjunkturrückgang die offenen und stillen Reserven außerordentlich stark erhöht. Eine noch erheblichere Stärkung als die offenen Reserven haben bei dem Bochumer Verein zweifellos die sogenannten stillen Reserven erfahren. Indes ist bei der Beurteilung der Gewinnzahlen zu berücksichtigen, daß diesmal an dem Gewinn ein um 6 Millionen auf 36 Millionen Mark erhöhtes Aktienkapital teilnimmt. Es stellen sich in den letzten fünf Jahren:

Jahr	Rohgewinn	Abschreibungen	Reingewinn	Dividende
1908/09	5 295 792	1 642 966	3 652 826	12
1909/10	5 420 516	1 790 680	3 629 836	12
1910/11	6 246 160	1 824 148	4 424 012	12 1/2
1911/12	6 795 287	1 882 228	4 913 059	14
1912/13	8 900 000	2 500 000	6 400 000	14

Nach den üblichen Ueberweisungen an die verschiedenen Fonds nimmt der Bochumer Verein noch eine Rückstellung von einer halben Million Mark für Wehrbeitrag und Lohnsteuer vor. Der Wehrbeitrag, der bekanntlich in drei Jahresraten zu zahlen ist, wird also aus den Erträgen für 1912/13 bereits ganz entnommen. Darin folgt dem Bochumer Verein die Vereinigten Stahlwerke von der Thyssen und Wessener Eisenhütten A.-G. Köln-Deutz. Ein Vergleich der Ergebnisse dieser Gesellschaften in den letzten drei Jahren ergibt folgendes Bild:

Jahr	Rohgewinn	Abschreibungen	Reingewinn	Dividende
1910/11	2 114 047	659 881	1 454 166	12
1911/12	3 144 177	885 892	2 258 285	12
1912/13	4 621 895	1 117 152	3 504 743	12

Auch bei Thyssen und Thyssen ist im vorliegenden Jahre eine Kapitalerhöhung von 13 auf 17 Millionen Mark erfolgt, jedoch ist diesmal nur das alte Kapital dividendenberechtigt. Nicht berücksichtigt in den Rückstellungen der Tabelle sind 65 000 M. für den Wehrbeitrag. Die Abschreibungen sind mit 1 117 152 M. um etwa 300 000 M. höher als im Vorjahre, dazu kommen noch 600 000 M. Sonderabschreibungen, so daß die Gesamtabschreibungen über 100 Prozent höher als im Vorjahre sind. Mit 100 000 M. erhält der Hochofenerneuerungsfonds die doppelte Zuzahlung wie im Vorjahre, der Extrarenerierungsfonds mit 500 000 M. erhält 200 000 M. mehr als für 1911/12, auf neue Rechnung werden etwa 140 000 M. mehr vorgezogen als im Vorjahre. Während für Abschreibungen, Reserven und Rechnungsvortrag 3,544 Millionen Mark verwendet werden, beansprucht die Dividende 1,56 Millionen Mark. Volkswirtschaftlich ist diese vorzügliche und solide Bilanzierungsmethode, die die meisten der großen Gesellschaften schon seit Jahren üben, natürlich wünschenswert, weil damit eine gewisse Stabilität herbeigeführt wird. Dabei darf aber die ungemein starke Steigerung der Rentabilität nicht übersehen werden, die bei den erwähnten Bilanzierungsgepflogenheiten eben in der Höhe der Dividende nicht zum Ausdruck kommen kann.

Von den gleichen Rückstellungen wie die beiden Gesellschaften hat sich das Gaspel Eisen- und Stahlwerk bei der Aufstellung seiner Bilanz leiten lassen. Es betragen in den letzten Jahren bei der Gesellschaft:

Jahr	1909/10	1910/11	1911/12	1912/13
Aktienkapital	10 000 000	10 000 000	10 000 000	18 000 000
Rohgewinn	2 013 608	2 350 542	2 841 875	3 897 431
Abschreibungen	861 455	915 679	1 087 554	1 362 478
Reingewinn	1 152 153	1 434 863	1 754 321	2 534 953
Dividende in Proz.	8	10	12	12

Aus dem Reingewinn werden dem Hochofenerneuerungsfonds 150 000 M. gegen 100 000 M. im Vorjahre, dem Lohnsteuerkonto wieder 13 000 M. und dem Wehrbeitragkonto 50 000 M., neben den Zuführungen an Pensions- und Unterstützungsfonds, überwiesen. Auf neue Rechnung werden 230 909 M. gegen 172 199 M. im Vorjahre vorgezogen.

In den Betriebsergebnissen der großen Eisengesellschaften im Monat Juni sind nach den enormen Mehrerträgen der Monate März bis Mai recht intensive Rückschläge eingetreten. So berichtet über den Wehrbeitrag, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, die Frankfurter Zeitung, daß nach den früheren monatlichen Mehrerträgen von durchschnittlich 1 Million Mark zum erstenmal ein ziemlich starkes Minusergebnis zu verzeichnen ist. Ein so plötzlich eingetretener Kontrast läßt sich nur daraus erklären, daß der Beschäftigungsgrad im Juni ungünstiger sein muß, als nach den offiziellen Angaben angenommen werden konnte. Sehr wesentlich sind dabei natürlich auch die Preisrückgänge für Stabeisen und andere nicht-oxidisierte Produkte. Am Eisabnehmermarkt hat sich nach den geschicktesten Verhandlungen

zur Gründung eines Stabeisenverbandes die Preisfrage bisher keineswegs in dem vielfach befürchteten Umfange verschlechtert, es ist sogar im Gegenteil, besonders an den Auslandsmärkten, eine Preisbesserung für Stabeisen zu verzeichnen. Gerade das Nichtzustandekommen des Stabeisenverbandes zeitigte diese Wirkung. Wie erinnert sein dürfte, ging die Absicht bei der Gründung des Stabeisenverbandes dahin, den Inlandsabsatz zu kontingentieren und die Inlandspreise festzusetzen, während der Export unbeschränkt und durch die Verbandsgründung nur insoweit berührt werden sollte, daß von dem Inlandsabsatz die Erhebung recht beträchtlicher Synbitatsabgaben vorgesehen war, die dann zur Zahlung von Ausfuhrprämien bis 15 M. für die Tonne Verwendung finden sollten. Auf diese Weise gedachte man den Stabeisenexport bedeutend zu erhöhen. In Erwartung eines durch diese Mittel verstärkten Angebots deutschen Stabeisens waren die Exportpreise gesunken. Als das Scheitern des Synbitats bekannt wurde, wollten sich nun Handelsfirmen größere Stabeisenmengen zu den geltenden Preisen sichern. Dadurch erhöhten sich die Auftragsbestände bei den Eisenwerken, die alsdann für neue Bestellungen bei sofortiger Lieferung etwas erhöhte Preise forderten. Daraus und aus den günstig lautenden Meldungen über die Lage der amerikanischen Eisenindustrie wurde verschiedentlich eine Besserung der Lage der Eisenmärkte und der Gesamtkonjunktur folgert, doch hat sich dieser Auffassung nicht einmal die sonst zur Hoffnungsfreudigkeit gern neigende Börsenspekulation angeschlossen. Während sich in dem geschützten Rahmen Preisbewegungen vollzogen, hat das internationale Träger Syndikat die Ausfuhrpreise für Träger um 4 Schilling für die Tonne herabgesetzt. Mitglieder des internationalen Träger Syndikats sind die deutschen, belgischen und französischen Trägerwerke, die deutschen Unternehmungen gehören durch den Stahlwerksverband dem internationalen Träger Syndikat an. Den letzten Anstoß zu der Preisermäßigung für Träger soll österreichische Konkurrenz gegeben haben, die durch die ungünstige Verfassung des Innenmarktes sich dem Auslandsmarkt stärker zuwandte. Wesentlich höher als die Auslandspreise für deutsche Träger sind die Inlandspreise, obwohl die kraftlose Verfassung des Binnenmarktes in den Zentren der Bauproduktion zu Preissteigerungen wahrlich ausreichenden Anlaß geboten hätte.

In welchem Umfange die Gewinne der Roheisenproduktion bei dem starken Roheisenverbrauch und den vom Roheisenverband hochgehaltenen Preisen stiegen, lassen die Abschlässe Siegerländer Hochofenwerke erkennen, die für 1911/12 noch dividendenlos geblieben waren, für 1912/13 aber ansehnliche Dividenden zu verteilen in der Lage sind. So verteilt die Sainer Hütte für das letztverlossene Geschäftsjahr 10 Prozent gegen 0 Prozent im Vorjahre, auch die Rolands hütte in Weidenau, die 1911/12 keine Gewinnverteilung vornehmen konnte, schüttelt für 1912/13 eine Dividende von 12 Prozent aus. Zu einer Erhöhung der Dividende für 1912/13 schreitet das Megener Walzwerk, das 12 Prozent gegen 10 Prozent im Vorjahre verteilt, die Abschreibungen erhöhte die Gesellschaft von 91 388 M. auf 95 308 M., auf neue Rechnung werden 101 244 gegen 62 738 M. im Vorjahre vorgezogen. — Auch das Annener Gußstahlwerk wird seine Dividende erhöhen, und zwar von 6 auf 9 Prozent, der Bruttoertrag wird mit 547 126 M. gegen 384 717 M. für das Vorjahr ausgewiesen, die Abschreibungen betragen 172 940 M. gegen 128 718 M. im Vorjahre, nach der erhöhten Gewinnausschüttung wird auch für die innere Stärkung des Unternehmens dadurch gesorgt, daß auf neue Rechnung 105 582 M. gegen 28 690 M. im Vorjahre vorgezogen werden.

Bei der stark nachlassenden Aufnahmefähigkeit der Märkte fällt naturgemäß doppelt ins Gewicht, daß die großen Eisenwerke durch neue und erweiterte Betriebe mit einer gesteigerten Leistungsfähigkeit aufwarten. Dabei macht sich die erhöhte Produktion noch nicht voll geltend, eine Reihe neuer Anlagen wird erst demnächst in Betrieb genommen. So erwartet man nach der Kölnischen Zeitung, daß auf dem in sich gelegenen neuen Werke der Vereinigten Hüttenwerke Burbach-Eich-Düdelingen die Walzenstraßen zur Herstellung von Eisenbahnoberbaumaterial und Formeisen im kommenden Monat in Betrieb gesetzt werden können. Sobald dies geschehen, wird die Gesellschaft beim Stahlwerksverband eine weitere Zusatzbeteiligung von je 20 833 Tonnen in den Gruppen Formeisen und Eisenbahnoberbaumaterial erhalten. Dadurch wird sich die Beteiligung der Gesellschaft in der Gruppe Eisenbahnmaterial auf 145 468 Tonnen und in der Gruppe Formeisen auf 233 672 Tonnen erhöhen, so daß sich nach Inbetriebnahme der neuen Walzenstraßen die Gesamtbeteiligung der Gesellschaft am Absatz des Stahlwerksverbandes auf 569 974 Tonnen stellt. — Wird jetzt die Unternehmungskraft niedergehalten, so sehen doch verschiedene Werke die Durchführung älterer Projekte fort. Von der A.-G. Gebr. Söhler & Co. in Berlin wurde in diesen Tagen bekannt gegeben, daß sie auf der linken Rheinseite gegenüber Düsseldorf ein weiteres Qualitätsstahlwerk errichtet, es ist dazu ein Gelände von über 200 000 Quadratmetern angekauft worden. Im Mai dieses Jahres hat die Gesellschaft eine Erhöhung des Aktienkapitals von 15,625 Millionen auf 20 Millionen Mark beschlossen.

Von den Waggonfabriken wurde mehrfach erklärt, daß über einen Rückgang der Konjunktur nicht geklagt werden könne, es werde auf einen genügenden Auftragszuwachs der preussischen und sächsischen Eisenbahnverwaltung gerechnet, auch in dem Umfang von Bestellungen aus dem Ausland habe sich bisher kein Mangel eingestellt. Es wird erwähnt, daß die Ballunstaaten nach einem Friedensschluß mit erhöhten Bestellungen herauskommen dürften. Auf den Hintergrund eines Börsenrückganges, daß bei den Waggonfabriken durch Rückgang der Rohmaterialpreise eine Ermäßigung der Herstellungskosten eintreten wird, behaupten mehrere Waggonfabriken, daß der preussische Fiskus gleichfalls mit dem Hinblick auf die billigeren Rohmaterialien und die schlechte Konjunktur bei der Erteilung neuer

Aufträge eine Preisreduktion herbeizuführen versuche. Aus der Lokomotivindustrie liegen gleichfalls günstige Nachrichten vor. Die Esslinger Maschinenfabrik erzielte im Jahre 1912/13 eine Steigerung des Umsatzes um circa 2 Millionen Mark, der Gesamtumsatz beträgt 20,3 Millionen Mark, dabei stieg der Bruttoertrag von 3,36 Millionen auf 4,48 Millionen Mark, der Reingewinn wird mit 684 983 M. gegen 642 781 M. im Vorjahre ausgewiesen, über die Höhe der Abschreibungen liegen noch keine Angaben vor. Obwohl die Gewinne stiegen, wird diesmal eine Dividende von 5 gegen 6 Prozent im Vorjahre verteilt, allerdings nimmt diesmal an der Dividende ein Aktienkapital von 6 Millionen Mark teil, während im Vorjahre ein Aktienkapital von nur 4,1 Millionen Mark dividendenberechtigt war. Der Vortrag auf neue Rechnung wird von 253 828 M. auf 266 966 M. erhöht. — Von der Berliner Maschinenbauanstalt Schmarck & Poff wird berichtet, daß die Auftragsarbeiten noch nicht erledigt sind, da der Auftragsbestand über die Höhe der Abschreibungen noch nicht klar geworden ist. Der Bestand an Aufträgen sei höher als im Vorjahre, die Aussichten wären als nicht ungünstig anzusehen.

Eine überaus gute Entwicklung hat der Werkzeugmaschinenbau, besonders auch der Umfang der Ausfuhr, Tätigkeit dieses Industriezweiges genommen. Im ersten Halbjahr 1913 betrug die Ausfuhr von Werkzeugmaschinen 431 755 gegen 366 328 Doppelzentner im Vorjahre, der Wert wird mit 49,28 Millionen gegen 39,5 Millionen Mark im Vorjahre angegeben. Diese Summen würden sich, wie der Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken bemerkt, noch viel höher stellen, wenn nicht durch die geringere Ausfuhr an Holzbearbeitungsmaschinen, von Steinbearbeitungsmaschinen, von Dampf- und hydraulischen Schmelzpressen, Nietmaschinen, mechanischen Hämmern die Gesamtzahl etwas beeinträchtigt worden wäre. Jedenfalls ist aber die Ausfuhr an Metallbearbeitungsmaschinen, die wiederum den Hauptzweig des deutschen Werkzeugmaschinenbaues bilden, abermals erheblich gestiegen.

Eine außergerichtliche Liquidation schlägt die Verwaltung der Julius Christian Braun-Premierwerke, A.-G. in Nürnberg, mangels weiterer Betriebsmittel vor. Mit einem Kapital von 1,20 Millionen Mark wurde die Gesellschaft im Jahre 1900 errichtet, 1905 wurde zur Tilgung der 179 000 M. betragenden Unterbilanz das Kapital auf 1 Million Mark reduziert. Im Jahre 1910 erfolgte die Erwerbung des Warenlagers, der Modelle und der sonstigen Fabrikationseinrichtungen der Automobilwerke Union, A.-G. in Nürnberg. Bei dieser Gelegenheit sollten 500 000 M. Obligationen begeben werden, indes war bis 1910 nur die Hälfte begeben und für 1911 waren nur noch 88 000 M. davon im Umlauf. Eine erhebliche Erweiterung erfuhr die Gesellschaft im Jahre 1911 durch Uebernahme der Abteilung Dooz der Premier Echele Co. in Coventry. Nun wurden die 1 Million Mark Aktien auf 840 000 M. herabgesetzt und 1,56 Millionen Mark neue Aktien ausgegeben, so daß das Aktienkapital 2,40 Millionen Mark betrug. Bald darauf stellte sich bei der Nürnberger Gesellschaft ein Verlust von 592 000 M. heraus, die Gesellschaft hatte offenbar von vornherein Mangel an Barmitteln, ihre innere Schwäche ließ selbst in der Zeit günstigster Konjunktur eine gesunde Entwicklung des Unternehmens nicht zu.

Die Gewinnbeteiligung.

Nicht weniger als den Schlüssel zur Lösung der sozialen Frage erblickte der bekannte Statistiker Engel vor 45 Jahren in der Beteiligung der Lohnarbeiter am Unternehmensgewinn. Gleich ihm haben zahlreiche andere bürgerliche Sozialpolitiker unterschiedliche Hoffnungen auf dieses System gesetzt, das bekanntlich darin besteht, daß neben dem festen vertragsmäßigen Lohn die Arbeiter eines Unternehmens noch einen bestimmten Prozentsatz vom Reingewinn erhalten. Letztlich hat auch da und dort der Gedanke der Gewinnbeteiligung der Lohnarbeiter wirklichen Eingang gefunden, in dessen sind die Fälle so vereinzelt, daß ihre allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung gleich Null ist. Allerdings gibt es immer noch Leute, die aus den weniger erfolgreichen Versuchen, die man nach dieser Richtung unternommen hat, allgemeingültige Erfahrungssätze herleiten wollen, ohne zu bedenken, daß eine Schwärze allein noch keinen Sommer macht. Am allerwenigsten ist die Behauptung gerechtfertigt, daß dort, wo das Gewinnbeteiligungssystem eingeführt worden ist, Arbeitslosigkeit nicht mehr vorgekommen seien. Im Gegenteil, auch dort waren und sind Streiks ebenso an der Tagesordnung wie anderswo. Die einzelnen Nachweise für diese Tatsache wären unschwer zu erbringen.

Weitaus am häufigsten begegnet man der Gewinnbeteiligung der Lohnarbeiter in England. Doch sprechen die Erfahrungen, die man mit diesem System dort gemacht hat, eher zu seinen Ungunsten als zu seinem Vorteil. Das wird schon durch den Umstand bewiesen, daß nach den Berichten des englischen Handelsamtes die große Mehrzahl solcher Firmen, die sich auf die Gewinnbeteiligung der Arbeiter eingelassen hatten, in den letzten Jahren wieder ganz davon abgekommen sind. Hierauf verweist mit Recht Dr. W. L. George, der Verfasser des bekannten Buches „Engines of Social Progress“ (Mittel des sozialen Fortschritts), in einer Polemik gegen eine Schrift, die das von der großen Schokoladenfabrik Clark, Mills und Coombs eingeführte Gewinnbeteiligungssystem zum Gegenstande hat und es als ein nachahmenswertes Muster hinstellt. Rein theoretisch betrachtet, so führt Dr. George aus, stellt sich die Gewinnbeteiligung als ein ideales Lohnsystem dar, da die Arbeiter dadurch veranlaßt werden, ihre Kräfte aufs äußerste anzuspannen, um möglichst viel Anteil am Gewinn zu erhalten. Die fünfzigjährigen Erfahrungen zeigen jedoch,

daß sowohl bei den Unternehmern, wie bei den Arbeitern die Auf-
fassung von den großen Unzulänglichkeiten dieses Systems ver-
herrschend geworden ist. Die Gründe liegen auf der flachen Hand.
Einmal habe sich gezeigt, daß die Arbeiter fast niemals mit
den ihnen zugewiesenen Gewinnanteilen zufrieden waren, sondern
glaubten, die Gewinnanteile würden viel zu niedrig bestimmt. In-
folge dessen wurde das friedliche Zusammenarbeiten nicht selten er-
schwerlich beeinträchtigt und Mißtrauen und Unzufriedenheit unter den
Arbeitern hervorgerufen. Was besonders die so entbehrlich ge-
schätzten Verhältnisse auf den Werken der erwähnten Schokoladen-
fabrik anlangt, so erklärten sich diese durch den Umstand, daß von
den 2500 dort beschäftigten Personen rund 2000 weibliche seien, die
angehört des großen Angebotes von Arbeitskräften speziell für die
Schokoladenfabrikationsbranche weniger zum Streiken geneigt sind.
Ueberhaupt sei die Streiklust bei den Gewerkschaften der weiblichen
Personen weniger scharf ausgeprägt als bei denen des männlichen
Geschlechtes.

Ein weiterer wichtiger Einwand gegen das Gewinnbeteiligungssy-
stem beruht auf der Erfahrung, daß von den Unternehmern her-
kommene größere Abschreibungen auf Gebäude und Maschinen,
die Anlegung von Reserve- und Ausgleichsfonds zc. von den Ar-
beitern stets mit scheeligen Augen angesehen würden, obwohl der-
artige Kapitalreserven für geschäftliche Zwecke und um den immer
steigernden Anforderungen der Aufsichts- und Gesundheits-
behörden zu genügen, erforderlich seien. Das weitest größte Be-
denken gründet sich jedoch auf den Umstand, daß der Gewinn eines
Unternehmens eine höchst schwankende Größe sei. Geht den Fall,
ein Unternehmen hat ein paar Jahre hindurch größere Gewinne
erzielt und es sind bementprechende Gewinnanteile an die Arbeiter
abgeführt worden, so ist damit auch zugleich eine Steigerung der
Lebenshaltung und der sonstigen Ansprüche der Arbeiter erfolgt;
dann im allgemeinen pflegen die Arbeiter den Mehrerwerb nicht
auf die Sparkasse zu tragen. Nun setzt plötzlich der unvermeidliche
geschäftliche Rückschlag ein; es kommen die mageren Jahre mit
ihren bekannten Begleiterscheinungen, wie Produktions einschrän-
kungen u. i. w., wodurch nicht nur Arbeiterentlassungen, sondern
auch mehr oder minder erhebliche Gehaltskürzungen der Gewinnanteile
notwendig werden. Jetzt löst der Ausfall im Arbeitseinkommen
besonders stark auf dem Arbeiter, denn er kann sich nur schwer dazu
entschließen, von den Gewinnanteilen und Ansprüchen zu lassen, die
er in besseren Zeiten sich leisten zu sollen glaubte.

Schließlich ist es auch ökonomisch nicht zu rechtfertigen, wenn
der Arbeiter zwar an dem Gewinne eines Unternehmens teilnehme,
ohne zugleich im Falle des Verlustes in Anspruch genommen zu
werden. Erst die Erfüllung dieser Bedingung stelle das System der
Gewinnbeteiligung auf eine einigermaßen gerechte und gesunde
Grundlage. In Wirklichkeit ist jedoch der Arbeiter dazu außer-
stande, ganz abgesehen davon, daß er keine Kontrolle über die Ge-
schäftsführung hat und haben kann. Bei kleinen Unternehmungen
könnte die Kapitalbeteiligung der Arbeiter wohl als ein ideales
System gelten, dagegen sei die bloße und einfache Gewinnbetei-
ligung nur in einigen besonderen Fällen anwendbar und auch hier
lediglich ohne die Gewähr eines dauernden Erfolges.

Vergleichen diese Kritik des Gewinnbeteiligungssystems den
kapitalistischen Standpunkt nicht verkennt läßt, so ist sie doch im
großen und ganzen richtig. Der Gedanke, die Arbeiter eines Unter-
nehmens mit einem gewissen Prozentsatz des Reingewinns zu be-
teiligen, ist in Großbritannien schon öfter ausgetastet, hat aber in
den meisten Fällen sehr unbefriedigende Resultate ergeben. So
konnte sich zum Beispiel das System des Sir Christopher Furness,
das dieser in seiner Schiffswerft (Hartlepool) ausgedeutet hatte,
nicht behaupten. Dieses System, anfänglich mit großer Zuneigung
aufgenommen, erschien schließlich der Mehrzahl der Arbeiter so un-
vorteilhaft, daß von ihnen 70 Prozent gegen seine Fortführung
stimmten und der Plan fallen gelassen werden mußte. Den Haupt-
grund für den Mißerfolg in Hartlepool kann man wohl darin er-
blicken, daß die Arbeiter sich ihre Teilhaberscheine bei Kaufen mußten.
Auf einer Schiffswerft kann aber ein regelmäßiger Verkauf der
Arbeit nie garantiert werden und die Arbeiter konnten am Schluß
eines ungünstigen Jahres selbst die wenigen Schillinge, die sie für
ihre Teilhaberscheine ausgesetzt hatten, nicht entbehren.

Die Firma Lever Brothers Ltd. hat vor drei Jahren in der
bekanntesten Seifenfabrik in Port-Sunlight ein System zur Anwen-
dung gebracht, das sich, seitdem es in Kraft getreten ist, nicht nur
allgemeiner Beliebtheit unter der Arbeiterklasse erfreut, sondern auch
sehr günstige Resultate für Besitzer und Arbeiter ergeben hat. Jeder
Angestellte (ob dem Beamten- oder Arbeiterstande angehörend) ohne
Unterschied des Geschlechtes, der 25 Jahre alt ist und mindestens
fünf Jahre lang bei Lever Brothers gedient hat, ist zum Teilhaber
geeignet. Damit ist noch nicht gesagt, daß er ein unbedingtes Recht
auf einen Teilhaberschein hat, doch wird dieser, zwingende Gründe
ausgenommen, keinem Zugewiesenen, der die erwähnten Bedingungen
erfüllt, verweigert. Und selbst wenn dieser außerordentliche Fall
eintreten sollte, steht ihm noch immer der Rekurs an ein unpar-
teiliches Komitee zu, von dem neun Mitglieder zu gleichen Teilen
aus der Board- und Arbeiterklasse, die übrigen drei
von den Teilhabern der weiter unten erwähnten Vorzugsreihe ge-
wählt werden.

Zu der Regel ist der Vorgang bei der Aufnahme als Co-Partner
(Gewinnbeteiligter) folgender: Der Bewerber füllt ein Formular mit
seinen Personaldaten aus und unterschreibt dann folgende Er-
klärung: „Ich, Unterzeichneter, erkläre, wie die Zuteilung eines An-
teilchens und verpflichtet mich, im Falle ein solcher Anteil
gewährt wird, in jeder Beziehung die Verpflichtungsbedingungen
und die darin festgelegten Normen zu befolgen und weder Zeit,
Arbeit, Material noch Geld in der Verwirklichung meiner Pflichten zu
verwenden, vielmehr das Interesse der Firma Lever Brothers Ltd.,
ihrer alliierten Gesellschaften und meiner Anteilhaber aus und ch-
lich zu fördern. Gleichzeitig übergebe ich Ihnen die schriftliche Ver-
einbarung meines Vermögens.“ Dieses Schema kommt bei der Ver-
einbarung der Gewinnbeteiligungsscheine, der, wenn irgend ein
Bedenken gegen die Ausfolgung eines Anteilchens besteht, sich an
das oben erwähnte Komitee wenden kann, um einen genaueren Bericht
über den Bewerber zu erhalten. Nach Erhalt dieses Berichtes ent-
scheidet der Verwaltungsrat den Fall und es kann nur noch ein
letzter Appell an den Präsidenten selbst stattfinden.

Die Firma erwägt, haben alle diese Bestimmungen sehr
vorteilhaft als praktische Maß, da die Aufnahme sehr rasch be-
wältigt wird. Ist der Angestellte als Co-Partner aufgenommen, so
erhält er ein sogenanntes „Junior“ Anteil, das in der Regel ungefähr
10 Prozent seines jährlichen Gehaltes darstellt, doch beträgt sich der
Nominalwert eines solchen Teilhaberscheines innerhalb ziemlich weiter
Grenzen. Zu bemerken ist, daß das Kapital an und für sich
keiner eigentlichen Geltendmachung hat und überhaupt jeden Wert verliert,
wenn die Dividende unter 5 Prozent ansteigt. Bei der Verteilung
der Dividende wird in der Regel vorausgesetzt, daß der Anteil der
Jahres dem „Preferential Shares“ (Priviligierte oder Vorzugs-
anteile) bevorzugt werden. Von der verbleibenden Summe entfällt
zuerst die Hälfte der „ordinary shares“ (gewöhnlichen Aktien)
eine entsprechende Verteilung. Der Rest wird nach einem jeden An-
teil zwischen den Besitzern der „ordinary shares“ und denen der
Teilhaberscheine verteilt, wobei unter Umständen

5prozentigen Vorzugsreihe berücksichtigt wurden. Es liegt insolge-
dessen eine große Überdehnung im Interesse jedes Co-Partners und
dieser Umstand sporn ihn an, sein Bestes für das Unternehmen zu
tun. Hat ein Angestellter einmal als Co-Partner Aufnahme ge-
funden, so erhält er jedes weitere Jahr auch einen weiteren Teil-
haberschein von ungefähr gleichem Nominalwert, doch ist die An-
zahl aller Teilhaberscheine, die er erhält, innerhalb gewisser Grenzen
festgesetzt, solange er sich in derselben Gehaltsklasse befindet, und
zwar gilt als Norm, daß die Summe der Nominalwerte aller seiner
Teilhaberscheine ungefähr zwei- bis dreimal seinen jährlichen Gehalt
ausmachen kann.

Nach der betreffenden Angestellte in eine höhere Gehaltsstufe vor-
zuwärtigen, so erhält er weitere Anteilchene (natürlich jetzt mit höherem Nominal-
wert), bis wiederum, in demselben Maße wie oben, die Grenze
der betreffenden Gehaltsklasse erreicht worden ist. Falls ein An-
gestellter ohne seine Schuld, sei es infolge von Erkrankung oder
weil er die Altersgrenze erreicht hat, die Firma verläßt, so tritt in
bezug auf seine Teilhaberscheine eine sogenannte Kommutation ein,
das heißt er erhält an Stelle seiner Teilhaberscheine sogenannte
Vorzugscheine mit garantierter 5prozentiger Verzinsung.

Die gleiche Kommutation tritt dann ein, wenn ein Angestellter
durch den Tod abgeht und eine Witwe hinterläßt. In diesem Falle
erhält seine Witwe die Vorzugscheine, die übrigens nicht mit den
regelmäßigen Vorzugsaktien der Gesellschaft verwechselt werden
dürfen. Geht die Witwe wiederum, so verliert sie das Anrecht
auf die Vorzugscheine. Andere Erben haben kein Recht darauf.

Eine andere Art der Gewinnbeteiligung wird seit 1902 bei der
United States Steel Cooperation durchgeführt. Diese kaufte 1902
eine gewisse Zahl eigener Vorzugsaktien auf und verkaufte sie an
Angestellte, die man in Klassen einteilte und denen man erlaubte,
für einen gewissen Prozentsatz des Jahresverdienstes zu zeichnen.
Schwächer Bezahlte zeichneten bis 20 Prozent, besser Bezahlte ab-
wärts bis 5 Prozent. Es lag ursprünglich in der Absicht der Ver-
waltung, auf diese Weise nur 25 000 Aktien in den Besitz von An-
gestellten zu bringen, jetzt besitzen diese aber nicht weniger als
125 000 Aktienanteile. Das Finanzkomitee befragte diese Geschäfte
als Matter, nahm jedoch verständlich keine Prohibition in Anspruch,
sondern suchte die Aktien so vorteilhaft wie möglich aufzukaufen,
um sie den Angestellten ebenso vorteilhaft anbieten zu können. Die
Aktien fanden damals auf 82%, gingen 1904 auf 55 herunter und
kosten jetzt zirka 106 oder 107. In diesem Jahre werden sie den
Arbeitern zu 102 von der Verwaltung angeboten, und zwar kommen
annähernd 200 000 Mann in Frage. Bis jetzt dürften die Arbeiter
und Angestellten in diesen Aktien gegen 10 Millionen Dollar ange-
legt haben. Da der Kurswert gegenwärtig zirka 13 Millionen ist,
profitieren die Arbeiter zirka 3 Millionen Dollar. Wieviel Männer
sich in dieses Vermögen teilen und welchen Arbeiterklassen des
mächtigen Betriebes sie angehören, darüber ist nichts Näheres be-
kannt.

Die Arbeiterunruhen der letzten zwei Jahre haben die Aufmerk-
samkeit kapitalistischer Kreise in England neuerdings auf das System
der Gewinnbeteiligung gelenkt, das in diesem Lande schon seit
einigen neunjährigen Jahren ein beständiges Dasein findet. Durch die
Forderungen der Arbeiter beunruhigt, haben kapitalistische Theo-
retiker den Unternehmern vorgezuschlagen, ihre Arbeiter dadurch zu
befähigen, daß sie ihnen einen Teil ihres Lohnes in Gestalt eines
Anteils an dem Gewinne des Unternehmens zusichern. Nach einem
Jahren von der englischen Regierung veröffentlichten Berichte über
die Unternehmen, in denen die Gewinnbeteiligung besteht, muß man
zwischen zwei Hauptarten dieses Systems unterscheiden: der eigen-
lichen Gewinnbeteiligung (profit-sharing) und dem System der
Arbeiterteilhaber (labour co-partnership). Jene wird in dem Be-
richt erklärt als Verfahren, nach dem ein „Unternehmer mit seinen
Angestellten übereinkommt, daß diese als Zeiteinstellungsgeber für ihre
Arbeit und als Aufstapler zu ihren Löhnen einen früher festgesetzten
Anteil an dem Profit des Unternehmens erhalten sollen.“ Ueber
das System der Arbeiterteilhaber sagt der Bericht: „Der Arbeiter
erhält einen Anteil an dem Profit und läßt seinen Profit oder
einen Teil davon in dem Kapital des Unternehmens akkumulieren;
er gewinnt auf diese Weise die gewöhnlichen Rechte und Verant-
wortlichkeiten eines Aktienbesitzers.“

Wirklich den Jahren 1829 bis 1865 existierte in England nur
ein Unternehmen mit Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Seit der Zeit
aber ist die Zahl dieser Unternehmen auf 209 gestiegen, wovon
jedoch 166 wieder eingegangen sind. Augenblicklich gibt es 133
Betriebe aller Art, in denen das System herrscht. In 55 Prozent
dieser Unternehmen wurde die Gewinnbeteiligung erst in den letzten
zehn Jahren eingeführt. Sie beschäftigen alle zusammen 106 189
Arbeiter, von denen 57,3 Prozent an dem Gewinn beteiligt sind.
Von den 133 Betrieben sind nicht weniger als 33 Gasanstalten mit
22 215 Arbeitern. Sie man fragt, wie das System der Gewin-
nabteilung eine hohe Sterblichkeitszahl aufweist. Der Bericht gibt an,
daß die Gewinnbeteiligung in zwei Fünfteln der 166 Fälle auf-
geheben wurde, da das System die darauf gesetzten Erwartungen
nicht erfüllte. Der durchschnittliche Gewinnanteil der Arbeiter be-
trug im Jahre 1911 5 1/2 Prozent des Lohnes, was auch genau die
Durchschnittszahl für den Zeitraum 1901 bis 1911 ist. Leider gibt
der Bericht nicht an, ob den betreffenden Arbeitern auch die o r t s -
üblichen Löhne bezahlt werden. Doch selbst wenn
das der Fall sein sollte, ist der Gewinnanteil der Arbeiter eine
recht magerer Entschädigung für den Verzicht auf die gewerkschaft-
lichen Kampfmittel.

Man kann sich dem Eindruck nicht verschließen, daß die Ge-
winnbeteiligung nur ein sehr eingeschränktes Schema der Lohnbrüder
ist, auf das normalerweise Unternehmer verfallen, deren Geschäft schlecht
geht oder die mit einer wenig widerstandsfähigen Arbeiterschaft zu
tun haben. Darum weisen besonders folgende Tatsachen hin: Kein
einziges Unternehmen mit Gewinnbeteiligung ist in der stoff organi-
sierten Bergwerksindustrie zu finden; in mehr als der Hälfte der
166 Betriebe wurde das System aufgegeben, weil die Geschäfte
schlecht gingen und kein Gewinn zu verteilen war. Daß die Ge-
winnbeteiligung gerade in den englischen Gasanstalten floriert, be-
weist wohl auf der Hauptstellung dieser Unternehmungen.

Daß das System in anderen Betrieben gehalten hat, ist
daraus zu entnehmen, daß es die Unternehmer in den Stand setzt,
ihre Arbeiter an der wirksamen Geltendmachung ihrer Forderungen
zu hindern. Man lese nur die in dem Regierungsbericht angeführten
Urteile einiger Kapitalisten. So schreibt der Geschäftsführer der
Bath Mining, die ein Gut von 5000 Acres besitzt: „Ich glaube,
daß die Bezahlung der Prämie der Hauptgrund gewesen ist, wes-
halb wir nie die geringste Unannehmlichkeit mit den Arbeitern auf
diesem Gute gehabt haben.“ Und die Firma Clark, Phipps und
Sons bemerkt: „Die Direktoren sind im allgemeinen mit der Ein-
richtung zufrieden. Das gründlichste Resultat, das erzielt worden,
ist die harmonischere Beziehung, die zwischen der Geschäftsführung
und den Angestellten besteht; man hat nie etwas von einem
Streik oder dergleichen.“ Diese kapitalistischen Urteile scheinen am
Besten, weshalb die betriebliehen Gewerkschaften dem System der Ge-
winnbeteiligung feindselig gegenüberstehen. Es ist das System, das
ein ständiger Feind der Arbeiter ist, der seinen Ziel ein unzureich-
bares Mittel hat, um die Arbeiter zu zerschlagen, was es zum schnellsten Gange
angewandten.

Die Auch-Organisationen zum Gütenarbeiterrecht.

Soweit die Rundmachung und die Anerkennung der Not-
wendigkeit einer Veränderung in Frage kommen, hat die sozialdemo-
kratische Arbeiterschaft bei ihrem Bestreben, einen besseren Arbeiter-
schutz zu erzielen, kaum in einer andern Frage einen so allgemeinen
Erfolg errungen, wie in der nach einem besseren Schutz der Güten-
und Walzwerksarbeiter. Zuerst wurde die sozialdemokratische Ar-
beiterschaft auf der ganzen Linie der Gegner schon begeistert, als sie
nicht vor den famosen sogenannten Wohlfahrtsanstaltungen der
Großhändlerindustriellen auf dem Waage rutschen wollte. Auch die
Zentrums- und andere „christliche“ Blätter fielen tollend über die
Arbeiter her, wenn etwa die Gottähnlichkeit derer von der Spitze
des Essener Kanonenknigs angezweifelt wurde. Nun haben sich
die Zeiten gewaltig geändert. Einst erklärte der frühere Vertreter
des Essener Kanonenknigs der Zentralversammlung in Parla-
ment zur Sprache brachte, es sei nicht durchführbar, die Währungs-
sicht einzuführen. Und nun tun sowohl die zentrumschriftlichen
wie die Christ-Dunderschen Blätter so, als hätten sie gar nichts
dringenderes zu tun, als sich gegenseitig in Hilferufen für die
Gütenarbeiter den Rang abzulaufen. Der Witz muß! Die Auf-
klärungsarbeit der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen
Partei ist von so durchschlagendem Erfolg gekrönt worden, daß es
unmöglich ist, die Dinge in der früher üblichen Weise zu behandeln,
indem man sie einfach ignorierte, wenn man sie nicht verteidigen
wollte. So halt denn der Ruf allüberall: Mehr, weit mehr Schutz
der Arbeiter in der Großhändlerindustrie! Ob zwar a bissle Lieb und
a bissle Kreuz dabei ist, mag für jetzt dahingestellt bleiben, aber
a bissle Fallschirm ist sicher dabei. Das läßt sich nachweisen. Ein-
mal ist es schon sehr vorzüglich, daß die „bürgerlichen“ Parteien bis
jetzt nichts getan haben, um durch Auswirkung parlamentarischer
Machtmittel die Regierung einem durchgreifenden Schutz der Güten-
arbeiter geneigt zu machen und daß trotzdem die Auch-Arbeiter-
organisationen diese Parteien gegen die Sozialdemokratie herauszu-
hauen sich die erdenklichste Mühe geben. Das reimt sich schon schlecht
zusammen und es liegt nahe anzunehmen, daß „christliche“ wie
Christ-Dundersche nur die Waden so voll nehmen, weil sie in der
Frage eines besseren Gütenarbeiterrechtes eben mitdelfen, wenn sie
nicht völlig ins Hintertreffen geraten wollen.

Über wenn schon, dann sollte man die Sache doch auch nicht
gar zu läppisch angreifen. Als die Metallarbeiter-Zeitung früher
dem „christlichen“ Deutschen Metallarbeiter nachwies,
daß er wohl nach einer Erweiterung des Gütenarbeiterrechtes
schreie, dagegen aber das sich willig aus der Hand nehmen lasse,
was die jetzt geltende Verordnung den Arbeitern gegeben, da war
eine Schimpfanrede die Antwort. Über das bewies nichts gegen
die Angriffe der Metallarbeiter-Zeitung. Als dann später eine
Petition der zu diesem Zwecke vereinigten Christlichen, Christ-
Dunderschen und Verleppschleute an den Reichstag ging, ließ es
dortin wieder, durchaus unsere früheren Angriffe bestätigend:

„Die Bundesratsverordnung schützt die Arbeiter nicht vor über-
langer Arbeitszeit. Wenn ihnen nur vor Beginn der Schicht eine
achtstündige Ruhezeit zugestanden wurde, dann können sie sogar
nachher achtzehn und mehr Stunden weiter beschäftigt werden.“

Dazu schrieb die Metallarbeiter-Zeitung (Nr. 2 vom 11. Januar
1913 in dem Artikel Petitionen zum Gütenarbeiterrecht):

„Das ist nicht richtig. Die Praxis wird wohl so gehandhabt,
aber die Metallarbeiter-Zeitung hat wiederholt nachdrücklich darauf
verwiesen, daß es gegen Wortlaut und Sinn der Gütenarbeiter-
schutzverordnung verstößt. Statt aber, was doch borgeblich ihre
Aufgabe sein soll, die Gütenarbeiter in die gegenwärtige Rechts-
ordnung einzugliedern und die Befolgung der Schutzverordnung zu
verlangen, finden sich die Christen und ihre Bundesbrüder einfach
mit der ungeheuerlichen Praxis ab!“

Im weiteren ging die Metallarbeiter-Zeitung bei der Gelegen-
heit noch einmal ausführlich auf die Sache selbst ein. Der Deut-
sche Metallarbeiter sowohl wie der andere im Bunde,
der Regulator, taten das unter den Umständen für sie Nützlichste,
was sie tun konnten, sie schwiegen in allen Sprachen; wohl aber
traten sie in gedohnter Weise „wirksam“ für einen „besseren“ Schutz
der Gütenarbeiter ein!

Als der Deutsche Metallarbeiter die letztjährigen Berichte der
Fabrikinspektoren las, hat er wohl des früheren schändlichen
Sineinfalls gedacht. Der Bericht aus dem Düsseldorf-Bericht er-
wähnte, es sei vom Gericht durch Verurteilungen verantwortlicher
Meister anerkannt worden, daß durch die Bundesratsbekanntmachung
ein Verbot längerer als 24stündiger Schichten ausgesprochen sei. Der
berichtende Beamte sagte hierzu:

„Indem das Gericht die vorgekommene Arbeit von 36 Stunden
als im Widerspruch zu § 4 der Bekanntmachung stehend bezeichnete,
bestätigte es die Ansicht, daß längere als 24stündige Schichten un-
zulässig sind, da mit der Ueberschreitung der 24. Stunde der Ar-
beiter wieder in seine regelmäßige Schicht eintritt, vor der ihm die
achtstündige Ruhezeit gewährt werden muß.“

Wir sind dagegen der Ansicht, und haben es oft betont, daß
mit Ausnahme der Wechselshiften auch keine 24stündigen Schichten
zulässig sind. Aber davon hier abgesehen. Der Deutsche Metall-
arbeiter, dreißig und hierin nicht zu faul, schreibt in seiner Nr. 19
in einem Artikel „2 1/2 Millionen Ueberstunden“ zu der Auslassung
des Gewerbeaufsichtsbereits:

„Diese Auffassung haben wir von vornherein vertreten, aber die
rechtskundigen Ausleger der Bundesratsverordnung waren besond-
entlich anderer Meinung. Nachdem jetzt die Sache gerichtlich entschieden
ist, muß verlangt und erwartet werden, daß dementsprechend ge-
handelt wird.“

Mit Verlaß, das ist gelogen! Die Christlichen haben diese
Auffassung, so unzulänglich sie auch ist, früher nicht vertreten! Wir
haben schon an die früheren Auseinandersetzungen der Metallarbeiter-
Zeitung mit dem Deutschen Metallarbeiter in der Frage erinnert,
haben im besonderen noch auf die Petition der Christlichen, Christ-
Dunderschen und der Gesellschaft für soziale Reform hingewiesen.
Und schlagen wir noch, welche Auffassung von den Christlichen noch
auf ihrer letzten Generalversammlung in Dortmund vertreten wurde,
so finden wir, daß der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiter-
verbandes, Wieber, das Gegenteil von dem aussprach, was die
Christlichen angeblich „von vornherein vertreten“ haben! In dem
Bericht des Deutschen Metallarbeiters von der „christlichen“ General-
versammlung — Nr. 30 vom 27. Juli 1912 — lesen wir:

„Kollege Wieber unterbrach die Erklärung des Gewerbeberäts
S t u p f, daß in der Bundesratsverordnung keinerlei einschränkende
Bestimmungen über die Ueberstunden enthalten seien, daß darum
eine Arbeitszeit von 24 bis 36 Stunden als eine regelmäßige Schicht
angesehen werden könne. Das wäre gerade das Gegenteil von dem,
was die Arbeiter sich von der Verordnung versprochen hätten und
den Industriellen werde gleichsam eine gesetzliche Sanktion für die
Ausbeutung ihrer Arbeiter gegeben.“

Nun, ihr Christlichen, wie wird euch? Daß auch begraben! —
Wo alles liegt, über den Gütenarbeiterrecht zu reden, kann Karl
allein nicht haben; auch der gelbe Arbeiter hat zu der Frage
der Ueberstunden Stellung genommen. In der Nr. 21 reißt sich
das Essener Blatt in einem Artikel „Ueberstunden“ am Vorwärts,

Was die Rechte der preussischen Gewerkeinspektoren besprochen hatte. Es heißt im Werkereien, hinsichtlich der Eisenindustrie sei vom Vorwärts behauptet worden, „daß in Hütten- und Walzwerken u. s. w. dem Arbeiterstande in der ausschließendsten Weise gestöhnt werde und daß daher scharfe Schutzbestimmungen und Verbesserung der Inspektion durch Einführung von Arbeiterkontrollen für die gesamte Gewerkeinspektion unerlässlich seien.“ Schmödeling heißt es im Gewerkeblatt, man wisse ja zur Genüge, was für den Vorwärts objektive Berichterstattung heiße, so starke Uebertreibungen habe sich dieses Blatt aber wohl selten zuschulden kommen lassen. Nach weiteren Anwürfen vom gleichen Kaliber schreibt der Werkereien dann:

Am übrigen stehen wir auf dem Standpunkt, daß die Ueberstunden auf das unbedingt nötige Maß beschränkt werden müssen. Es ist ja selbstverständlich, daß sie sich nie ganz werden vermeiden lassen. Der Arbeiter soll sich nicht zu Ueberstunden drängen; wohl aber steht ihm zu, daß er bei rechtlicher Arbeit in der normalen Schicht einen auskömmlichen Lohn verdient und er nicht dazu übergehen muß, das Nötige durch Leistung von Ueberstunden zusammenzubringen.“

Wahrlich: die Mißstände in den Hüttenwerken müssen aufs höchste gestiegen sein, wenn nun nicht einmal mehr ein Gelbesblatt die rückhaltlose Rechtfertigung der Großindustriellenwagen kann. Im übrigen aber sollte der Essener Werkereien nur seine Nase in die Berichte der Fabrikinspektoren stecken, dann wird er schon erkennen, wer schwindelt, er oder der Vorwärts. Und das Gelbesblatt würde dann auch erkennen, daß seine Auftragegeber anderer Ansicht über das sind, was dem Arbeiter zukomme. Der Betriebsleiter eines Werkes gab nämlich nach den Berichten der Gewerkeblätter der Ansicht Ausdruck, daß die Ueberarbeit notwendig sei, weil nur mit ihrer Hilfe der Arbeiter das Gesamtinkommen erzielen könne, auf das er nach der Lage des Arbeitsmarktes der Hütte gegenüber Anspruch habe. Eine Erhöhung des Lohnes in dem Maße, daß in sechs normalen Arbeitsschichten ein angemessener Wochenlohn erzielt werde, sei mit Rücksicht auf die Konkurrenz nicht möglich. So können denn auf dem betreffenden Werk so viel Schichten gemacht werden, wie der Monat Kalandertage hat! Es mag ja für den Werkereien bedauerlich sein, wenn er sich gezwungen glaubt, daß auch er dem breiten Strom nicht ganz entgegenarbeiten könne, aber wenn er dann „Stellung nimmt“, sollte er doch im eigenen Interesse erst zusehen, was die Unternehmer sagen. Denn davon hängt doch für ihn alles ab!

Außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Berlin.

Erster Tag.

Freitag den 8. August 1913, vormittags 10 Uhr.

Cohen (Berlin): Kollegen! Ich heiße Sie herzlich willkommen. Man sagt, der Berliner ist etwas eingebildet, aber wenn wir jetzt eine solche nicht gerade schöne Eigenschaft uns zulegen sollten, dann sind Sie schuld. Berlin ist die einzige Stadt in Deutschland, die die Ehre hat, seit Bestehen des Verbandes eine Generalversammlung zum zweitenmal in ihren Mauern zu beherbergen. Wir wissen die Ehre alle sehr wohl zu schätzen und werden uns auch bemühen, das Vertrauen, das Sie in unsere Gastfreundschaft setzen, nicht zu enttäuschen. Wenn wir auch von irgend welchen Veranlassungen zur Unterhaltung abgesehen haben, so dürfen Sie nicht glauben, daß Sie uns deshalb minder willkommen wären. Wir haben davon Abstand genommen einmal wegen der Kürze der Zeit, die es nicht zuließe, Veranstaltungen in größerem Maße zu treffen und sodann auch ein klein wenig wegen des großen Erfolges des Verhandlungsgegenstandes, der nach unserer Meinung so wichtig ist, daß es uns notwendig erschien, nichts zu tun, was irgendwie die Aufmerksamkeit der Delegierten ablenken könnte. Ich wünsche Ihnen Arbeiten den besten Erfolg und bin überzeugt, daß Ihre Beschlüsse zum Wohle der Organisation und damit zum Wohle der gesamten Metallarbeiter Deutschlands ausfallen. (Bravo!)

Schlück: Namens des Vorstandes heiße ich Sie herzlich willkommen. Wenn Cohen hervorgehoben hat, daß die Verwaltungsstelle Berlin in Anbetracht des Erfolges des Verhandlungsgegenstandes von Veranstaltungen für den Abend abgesehen hat, so kann ich hinzufügen, daß hierfür auch noch ein weiterer Grund maßgebend gewesen ist, und das ist der, daß wir unsere Beratungen möglichst beschleunigen wollen, denn es ist nicht ausgeschlossen, daß wir den Abend dazu nehmen müssen. Wir wollen die Diskussion nicht beschränken und deshalb können wir keine Minute Zeit entbehren. Der Ernst der Situation wird den Delegierten ja bekannt sein und ich darf wohl voraussetzen, daß bei den Beratungen und Beschlüssen lediglich das eine für uns maßgebend ist, das Interesse des Verbandes in jeder Beziehung zu wahren. Von diesem Gesichtspunkte aus hegrüße ich Sie und erkläre die außerordentliche Generalversammlung für eröffnet. (Bravo!) Von dem gestern geschlossenen Internationalen Metallarbeiterkongress sind eine Anzahl Vertreter auswärtiger Organisationen hier. Jedenfalls ein Beweis dafür, daß sie mit uns fühlen und daß sie uns auch in ernster Stunde nicht verlassen wollen. Ich heiße auch diese Kollegen herzlich willkommen. (Bravo!) Außerdem hat der Vorstand es für notwendig erachtet, die beamteten Funktionen aus den in Betracht kommenden Orten, soweit sie nicht als Delegierte gewählt sind, hierher zu berufen, falls es notwendig ist, Aufklärung zu geben. Die Kollegen hierin drüber die Anfragebank. (Stürmische Heiterkeit.)

Nach Wahl der Mandatprüfungskommission tritt eine kurze Pause ein, nach welcher der Berichterstatter der Kommission Rawlowitsch (Berlin) mitteilt, daß Proteste gegen mehrere Mandate vorliegen.

Schlück: Die Kommission wird jetzt zunächst die Mandate zu prüfen haben, die nicht beanstanden sind und dann ferner noch endgültig Bericht erstatten müssen. Das soll uns aber nicht hindern, jetzt zunächst die Konstituierung der Generalversammlung vorzunehmen. — Als Vorsitzende werden vorgeschlagen: Schlück, Cohen, Brandes. Schlück bittet, von seiner Wahl abzusehen. Er sei in der Sache zu stark engagiert, in die Leitung dieser Generalversammlung soll keiner der Beteiligten kommen. Er eruche es bei zwei Vorsitzenden bewenden zu lassen (Zustimmung). Zu Vorsitzenden werden gewählt: Cohen (Berlin) und Brandes (Magdeburg). Zu Schriftführern werden gewählt: Walcher (Stuttgart), Buse (Bielefeld), Haupt (Eimbach), Baumann (Frankfurt), zu Führern der Rednerliste: Betscher (Münster), Huber (Eßlingen), Kaufjuch (Bittenberge), Kasper (Berlin).

Cohen übernimmt den Vorsitz. Auf seinen Vorschlag wird von der Einsetzung einer Beschwerdekommision und einer Rechnungskommission als überflüssig diesmal abgesehen.

Cohen: Wir haben den ersten Punkt der Tagesordnung, die Konstituierung, erledigt. Der zweite Punkt wäre die Lohnbewegung auf den Seeschiffwerften. Es ist aber nur ein Antrag auf Abänderung der Tagesordnung eingelaufen, unterzeichnet von Schwanninger (Mannheim), Seizinger (Mannheim), Kern (Dresden), Thiel (Berlin), Lavendorf (Berlin), Fuhrmann (Berlin), Lüh (Düsseldorf). Wir beantragen als Punkt 2 der Tagesordnung zu sehen: Abänderung des § 38 Abs. 11 des Statuts.

Seizinger (Mannheim): Schlück hat mir vorher, als ich den Antrag eingereicht habe, erklärt, daß es in einer außerordentlichen Generalversammlung nicht zulässig wäre, einen Antrag auf Abänderung des Statuts einzubringen. (Sehr richtig!) Kollege Schlück sagte mir weiter, der Antrag müßte vorher in der Metallarbeiter-Zeitung zur Diskussion gestellt sein. Das ist aber infolge der schnellen Einberufung des außerordentlichen Verbandstages nicht möglich gewesen und so glaube ich, daß man doch nicht daran festhalten kann zu sagen, der Antrag kann nicht zugelassen werden, wenn er nicht vorher diskutiert ist. Zudem schreibt die Geschäfts-

ordnung vor, daß, wenn ein Antrag 7 Unterschriften hat, er auch zugelassen werden muß. Ich eruche daher die Kollegen, dem Antrag ihre Zustimmung zu geben. Der Antrag soll den Zweck haben, daß die Kollegen in Zukunft nicht mehr durch das Eingreifen des Vorstandes in eine derartige Entrüstung verkehrt werden. (Cohen: Ich bitte, nicht zur Sache selbst zu sprechen.)

Schlück: Ich eruche, den Antrag abzulehnen aus dem Grunde, den Seizinger schon angeführt hat. Die Sache liegt doch so: Der Vorstand hat, einem Wunsche der Kollegen auf den Werften folgend, die außerordentliche Generalversammlung möglichst schnell einberufen, um zu der brennenden Frage Stellung zu nehmen. Er hat dabei selbstverständlich — und da deckt sich unsere Anschauung mit verschiedenen von Kollegen selbst geäußerten Anschauungen — vorausgesetzt, daß keine Gelegenheitsgemacher betrieben werden darf. Der Vorstand ist der Meinung, daß eine außerordentliche Generalversammlung kein größeres Recht haben darf als eine ordentliche. Bei Einberufung einer ordentlichen Generalversammlung ist der Vorstand verpflichtet, die Anträge, die zur Beratung kommen, zur Diskussion zu stellen, besonders die Anträge, die das Statut betreffen. Der Vorstand ist weiterhin verpflichtet, dafür zu sorgen, daß vor der Generalversammlung eine Statutenberatungskommission zusammentritt und die Vorlage ausarbeitet. Dieser Antrag ist dem Vorstand nicht vorher eingereicht worden, hat nicht zur Diskussion gestellt werden können und deshalb sind die Voraussetzungen nicht gegeben, die eine ordentliche Generalversammlung berechtigen, über das Statut zu beraten. Würden wir nun heute eine außerordentliche Generalversammlung ohne jene Voraussetzungen über einen solchen Antrag beraten lassen, so hätte die außerordentliche Generalversammlung ein weitergehendes Recht als eine ordentliche Generalversammlung. Nach dem Statut aber hat eine außerordentliche Generalversammlung nur dieselben und nicht weitergehende Rechte. Daher ist der ganze Antrag unsfaturarisch. (Sehr richtig!)

Cohen: Es hat ein Redner dafür und einer dagegen gesprochen. Ich bin mir nicht recht klar darüber, ob ich den Antrag überhaupt zur Abstimmung kommen lassen darf (Sehr richtig!), weil er dem Statut widerspricht. Aber ich glaube, nachdem einmal dafür und dagegen gesprochen worden ist, kann ich es ruhig der Generalversammlung überlassen, das Richtige herauszufinden. Der Antrag wird hierauf mit 68 gegen 46 Stimmen abgelehnt. Einziger Punkt der Tagesordnung bleibt hiernach:

Die Lohnbewegung auf den Seeschiffwerften.

Schlück: Wenn wir die letzten Vorgänge auf den Seeschiffwerften richtig beurteilen und würdigen wollen, so können sie nicht aus den Zusammenhängen mit früheren Vorgängen auf den Werften gerissen werden. Wir müssen etwas weiter ausholen, um ein klares Bild zu gewinnen. Solange wir eine Werftarbeiterbewegung in unseren Verbänden haben, solange befinden sich die Werftarbeiter nicht nur im Kampfe mit den Unternehmern, sondern im Kampfe mit den eigenen Gesellen des Verbandes. Wir wissen, daß seiterteil der Werftarbeiterverband aufgelöst werden mußte, weil er nicht bestehen konnte aus dem sehr einfachen Grunde, weil die Kämpfe zu zahlreich waren, weil seine innere Kraft seine Mittel überstieg und weil er ja seine Mitglieder nur von den Werften selbst zog. Wir wissen aber auch, daß der Werftarbeiterverband unsern Verband den Vorwurf machte, daß wir ihm Ungelegenheiten bereiten und ihn totzittern wollten. Dieser Vorwurf war unbegründet schon deshalb, weil unser Verband nicht der einzige war, dem Ungelegenheiten durch das plötzliche „in den Sack hauen“, wie man so sagt, der Werftarbeiter entstanden sind, sondern: weil alle Verbände, die auf den Werften beteiligt sind, ziemlich gleichmäßig darunter zu leiden hatten. Schon vor Auflösung des Werftarbeiterverbandes war auf Generalschaftstagskongressen und auch durch direkte Vermittlung der Generalkommission ausgesprochen und unter den beteiligten Vorständen vereinbart worden, daß sie, um diese Wildheit in den Bewegungen einigermaßen einzuschränken, verpflichtet wären, sich gegenseitig zu unterstützen und im Einvernehmen miteinander die Bewegungen zu inszenieren. Dieser aus der Notwendigkeit geborene Verständigungs-vorschlag hatte praktische Bedeutung nicht erlangt; er erlangte sie eigentlich erst nach Auflösung des Werftarbeiterverbandes, als sich die Verhältnisse nicht besserten. Es blieb beim alten und der nächste Anlaß, die Vorstände einander näherzubringen, waren die Vorgänge vom Jahre 1907. Im Jahre 1907 hatte sich unser Verbandsvorstand an die Gruppe Deutscher Seeschiffwerften gemeldet, um über die Regelung der Arbeitsverhältnisse mit ihnen zu verhandeln. Als unser Schreiben kaum eingegangen sein konnte, legten die Mitglieder des Schmiebeverbandes die Arbeit nieder und die Gruppe Deutscher Seeschiffwerften sah sich veranlaßt zu erklären: Solange der Kampf gegen uns besteht, können wir nicht verhandeln, denn ihr erklärt uns ja, daß es eure Absicht ist, euch friedlich mit uns auseinanderzusetzen; dort aber ist der Friede gestört. Der Kampf nahm weitere Dimensionen an, die Werften an der Decker, sperren aus, und es kostete uns unfägliche Mühe, eine ganze Menge Verdruss und brachte auch eine ziemlich Mißstimmung unter den Mitgliedern hervor, als wir ihnen erklären mußten: Der Streik muß beendet werden, andernfalls kommen wir nicht zu Verhandlungen! Ein Grund, den Streik zu beenden, lag auch darin, daß die verhältnismäßig kleine Gruppe der Schmiebe Zorderungen grundsätzlicher Natur gestellt hatte, wie zum Beispiel die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit und der Gewährung von Mindestlöhnen. Es gelang uns, die Differenzen beigelegen, wir kamen zu Verhandlungen, und wir können wohl sagen, daß die Verhandlungen für die damaligen Verhältnisse den größten Erfolg bedeuteten, denn es gelang uns, die wöchentliche Arbeitszeit um drei Stunden zu verkürzen und, wenn auch in etwas verkleinelter Form, die Forderung der Unternehmern zu erhalten, daß die Einstellungshöhe auf den Werften bestehen bleiben sollte. Die damaligen Vorgänge trieben die Vorstände zu einer Änderung des bisherigen Zustandes, und da ja jeder einzelne Verbandsvorstand auch noch für die übrigen Mitglieder des Verbandes da ist und sich nicht ausschließlich mit den Werftarbeitern beschäftigen kann, war es notwendig, in der Nähe der Werften selbst eine Vertretung der Vorstände zu etablieren, die gleichzeitig das Zusammenarbeiten zwischen den einzelnen Verbänden herstellen sollte. Das geschah durch Einsetzung der Zentralwerftkommission. Diese Kommission hat eigentlich ihre Aufgabe nie so recht erledigen können. Sie sollte sein eine Sammelstelle für Material, ein Beobachtungsorgan, eine Beratungsstelle für die Vorstände. Die Sammlung von Material auf den Werften aber ist ein wunder Punkt; die Notwendigkeit dafür kann noch so sehr betont und auf Konferenzen anerkannt werden, aber wenn wir Material haben wollen, bekommen wir es nicht. Es ist uns noch nicht gelungen, mit einigermaßen einwandfreiem Material bei den Verhandlungen den Werften gegenüber aufzutreten, und wir müssen es uns gefallen lassen, daß die Unternehmer mit ihrer Wohlthätigkeit bei den Verhandlungen uns jederzeit schlagen. Das sind bedauerliche Zustände, aber die Zentralwerftkommission konnte sie nicht ändern, aus dem sehr einfachen Grunde, weil sie zu ihrer eigentlichen Aufgabe gar nicht kommen konnte, sondern fortwährend als Feuerwehr parat stehen mußte, um da und dort einen Brand zu löschen oder ein Unglück zu verhüten. Selbstverständlich hat die Zentralwerftkommission als Vertreterin der Vorstände die Pflicht, sich im Rahmen der Statuten zu bewegen und in derartigen Fällen einzuschreiten, und selbstverständlich hat sie sich dadurch eine größere Popularität unter den Kollegen auf den Werften nicht erwerben können. Sie gehört eben auch zu den Organen des Verbandes, die man schlechtweg als Bremsabteilung bezeichnet. Sie es auch gelungen, zwischen den einzelnen Verbandsvorständen ein besseres Verhältnis herbeizuführen, so hörte doch die Aktualität unter den einzelnen Verufen nicht auf. Es ist auch jetzt noch so, daß heute der Beruf, den jener Beruf vortreibt, und da wir ja ungefähr mit 20 Prozent der Arbeiter auf den Werften beteiligt sind, so bleibt es ja auch nicht aus, daß der Lohnanteil der Beurlaubung immer unsere Kollegen auf sich genommen haben. Ich will damit aber nicht sagen, daß sie allein gestanden haben, andere Verufe in anderen Organisationen haben es genau so gemacht. Daher kommt es, daß wir auch seit 1907 und seit der letzten Bewegung im Jahre 1910 ein ungeheures, wildes Draufgehen der Werftarbeiter zu verzeichnen haben, daß häufig genug unter Mißachtung der statutarischen Bestimmungen die Arbeit niedergelegt wird und daß der Vorstand

sich seit 1910 entschließen mußte, konsequent allen Streiks, die wir als wilde bezeichneten, die Zustimmung zu versagen. Das ist in den letzten Jahren mehrfach geschehen. Es wird ja vielleicht in der Diskussion später erklärt werden, daß hier und da die Lokalfassen ziemlich kräftig in Anspruch genommen worden sind, weil eben der Vorstand die Unterstützung ablehnen mußte.

So lagen die Verhältnisse bis zur diesjährigen Bewegung. Man darf aber nicht etwa annehmen, daß die Kollegen auf den Werften niemals ohne Bewegung gewesen sind. Jedes Ende einer planmäßig eingeleiteten Bewegung bedeutete den Anfang einer nächsten, und nicht immer ist taktisch vorgegangen worden. Man hat in Versammlung Stellung zu den Fragen genommen und hat in Resolutionen erklärt, die Zugeständnisse nehmen wir an, obwohl sie uns nicht befriedigen; aber wir beauftragen den Vorstand mit der Einleitung einer neuen Bewegung. Gegen den ersten Teil einer solchen Resolution kann man nichts sagen. Aber ob es gerade taktisch gut ist, auf offenem Markt zu erklären, wir fangen jetzt wieder von vorn an, das ist eine andere Frage. (Sehr richtig!) Zweifellos sind die Werftarbeiter dadurch aufmerksam geworden und haben auch ihr Verhalten danach eingerichtet.

Seit 1910 ist die Werftarbeiterbewegung nicht zur Ruhe gekommen. Der Kampf im Jahre 1910 ist von Anfang bis zu Ende auf Arbeiterseite in vollständigem Einvernehmen zwischen Organisationsleitungen und Mitgliedern erfolgt, wir haben in Konferenzen darüber beraten, haben zu den Fragen Stellung genommen, und die Beendigung der Bewegung erfolgte durch einen Beschluß der Kollegen. Der Vertreter des Vorstandes hat sich in jedem Falle der Ausübung eines Einflusses auf die Abstimmung enthalten. (Sehr wahr!) Nichtsdestoweniger hat ein großer Anmut Platz gegriffen. Wir haben uns ja auf der Generalversammlung in Mannheim kurz darüber unterhalten müssen, welcher Art die Vorwürfe gegen unsern Vorstand und gegen die Vorstände überhaupt gewesen sind. Bis in das Jahr 1911 dauerten die Verhandlungen, man kann wohl sagen durch die Hinterhältigkeit des Unternehmertums, das aus dem Verhandlungsergebnis etwas anderes machen wollte, als was damals den Werftarbeitern zugesprochen war. 1912 erklärten die Werftarbeiter, daß sie nun wieder eine Bewegung haben müßten, nachdem die Bewegung 1911 kaum beendet war. Der Vorstand unseres Verbandes mußte sich dagegen wenden; es kostete große Mühe, den Kollegen begreiflich zu machen, daß unser Verband auch noch für die anderen Mitglieder da ist und nicht bloß für die Kameraden an der Wasserfront. Wir wiesen darauf hin, daß wir schon im Interesse der Erhaltung der fortgeschrittenen Arbeitsverhältnisse verpflichtet wären, in den rückständigen Gebieten etwas zu tun. Wir erklärten den Kollegen, diese Aufgabe ist mindestens ebenso wichtig wie die Aufgabe, die Werftarbeiter vorwärts zu bringen; wir erklärten, daß es im allgemeinen Interesse liegt, die Spannung zwischen den rückständigen und den fortgeschrittenen Lohngebieten nicht gar zu groß werden zu lassen. Es gelang uns ja schließlich, die Kollegen dazu zu bringen, daß sie von einer Bewegung Abstand nahmen, das heißt von einer einheitlich organisierten Bewegung auf zentraler Grundbaue, die sogenannte grundsätzliche Fragen zu regeln hatte. Am Schluß des Jahres 1912 waren aber die Ortskommissionen rührig, sie wollten sich mindestens für 1913 eine Kampfsmöglichkeit sichern und beantragten bei den Vorständen im Interesse der Ausnutzung der Konjunktur die Abhaltung einer Werftarbeiterkonferenz, um zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Das veranlaßte die Vorstände, zusammenzutreten. Als wir zusammentraten, standen wir in Deutschland vor der großen Bauarbeiterbewegung, vor der Tarifbewegung in der Holzindustrie. Im Dezember vorigen Jahres mußten wir den Kollegen erklären, daß wir wohl bereit seien, eine Werftarbeiterkonferenz einzuberufen, daß wir aber den Termin der Konferenz uns vorbehalten müßten, bis wir in der Frage der übrigen Bewegungen klarer sähen. Wir konnten unmöglich eine Bewegung vorbereiten, solange wir nicht wußten, wie stark wir selbst bei den anderen Bewegungen engagiert wurden und ob nicht eine große Gruppe der modernen Gewerkschaften in einen kolossalen Kampf verwickelt werde und nicht auch wir schließlich genötigt würden, solidarisch im Interesse der Kameraden der anderen Verufe zu kämpfen. Also aus diesen Gründen erklärten wir, wir sind bereit, eine Werftarbeiterkonferenz einzuberufen, aber erst nach dem Ende der übrigen Bewegungen. Ja, Kollegen, wenn wir so etwas erklären, dann glaubt man uns ja nicht. Die höchste demokratische Tugend, das Mißtrauen, ist den Kollegen auf den Werften eigen, ob allgemein, möchte ich noch bestreiten. Aber es sind einige da, die glauben, daß sie die höchste demokratische Tugend, das Mißtrauen, haben müssen und die auch dafür sorgen, daß diese höchste Tugend gegen die Verbandsvorstände weiter verbreitet wird. (Sehr richtig!) Auch die Ortskommission Hamburg erklärte uns, daß sie mit der Festsetzung nicht einverstanden sei.

Charakteristisch ist es, wie man die Vorstände in dieser Frage zu bearbeiten suchte. Ich will nicht die ganze Resolution vorlesen, es genügt der Schlüsselpassus: „Die Ortskommission verlangt eine klipp und klare Entscheidung der Zentralwerftkommission über der Verbandsvorstände bis zum 15. Dezember 1912, soll nicht die Kollegenchaft zur Unterstützung der Ortskommission einberufen werden.“ Was heißt denn das? Doch nur: „Vorstand, wenn du jetzt nicht nach unserer Anweisung handelst, dann gehen wir an die Mitglieder-versammlung und machen Staud und spannen die vor unsern Karren.“ Das das gerade ein gutes Zusammenarbeiten beweist, ist zu bestreiten und ich erkläre, es ist auch taktisch unrichtig, denn solche Beschlüsse bleiben ja nicht in des Herzens dunklen Kammern verborgen, sondern kommen auch an die Öffentlichkeit. So etwas war nicht gerade geeignet, auf die große Masse der doch in gewerkschaftlicher Hinsicht durchaus der Erziehung bedürftigen Kollegen erzieherisch einzuwirken. So wie es hier die Ortskommission machte, ähnlich machte es an einem andern Orte eine Versammlung. In Gelsenburg hat man aus diesem Anlaß in einer Versammlung eine Resolution angenommen, hat gegen die Vorstände protestiert und direkt darauf hinweisen wollen durch den Beschluß der Versammlung, daß die Vorstände ihre Ansicht revidieren und einfach unbedürftig abhalten sollten. Kollegen, wenn wir eine Konferenz abhalten, so ist sie, auch wenn sie hinter verschlossenen Türen tagt, ein stilles Öffentlichkeitsakt. Wir können gar nicht verhindern, daß dieses oder jenes durchsickert und wenn wir uns nur auf den Beschluß beschränken: wir können vorläufig nichts machen, so fixiert das durch. Dadurch wird der Bewegung kein Dienst erwiesen. (Sehr richtig!) Außerdem sind wir der Meinung, daß derartige taktische Angelegenheiten in anderer Weise behandelt werden müssen. (Sehr richtig!) Die Sache lag ja so: man wollte uns jetzt dazu drängen, daß wir die Konferenz auf den 15. Februar einberufen und dabei hatten wir in der Zwischenzeit nur so viel erfahren, daß die Parteien der Bauarbeitergruppen zusammengetreten, sich aber vertagt hatten, weil sie, wie man so sagt, sich gegenseitig nur beschneifelt hatten, um den andern mal kennen zu lernen. Die Situation war genau so unglücklich und die Vorstände erklärten deshalb, auf ihrem Beschluß beharren zu müssen. Die Zentralwerftkommission erklärte uns, sie könne sich mit dieser Stellung der Vorstände nicht einverstanden erklären, nicht etwa, weil sie grundsätzliche anderer Meinung sei, sondern weil es sonst auf den Werften explodiere und wir die Bewegung nicht mehr in Händen hätten. Auf Grund dieses Druckes der Verhältnisse entschlossen sich die Vorstände trotzdem noch rechtzeitig, früh genug, noch viel zu früh, eine Werftarbeiterkonferenz einzuberufen. Man hatte mich mit dem Referat beauftragt über die wirtschaftlichen Verhältnisse, aber ich mußte bei der Eröffnung der Konferenz erklären, daß unserer Ansicht nach die Konferenz überflüssig sei, daß sie sogar gefährlich sei, weil die Verhältnisse noch nicht klar wären und wir unruhig die Aufmerksamkeit des Gegners auf unser Vorhaben lenkten.

Auf dieser Konferenz war Stimmung dafür vorhanden, in einer Resolution zu erklären: „Recht hat Schlück, solange die Situation im allgemeinen Baugewerbe, in der Holzindustrie so unklar ist, können wir die Arbeiterbewegung und unsere Organisation nicht stärker engagieren, wir wollen warten, bis die Sache geklärt ist.“ Das hatten vorher die Vorstände erklärt. (Wittmann: Wir waren uns doch einig!) Aber weshalb denn vorher nicht? Weil Ihr Agitationsmaterial brauchbar, das ist doch der Witz dabei. Wozu drohte man uns denn, man wolle Staud machen, man wolle die Mitglieder

vor den Karren spannen. (Dittmann: Das ist nicht gesagt!) Hier in der Resolution steht es klar auf dem Kopf. Nachher wurde von Zeitnehmern der Konferenz, auch von denen, die den Hamburger Verhältnissen nicht fernstehen, erklärt, eigentlich ist die Werftarbeiterkonferenz überflüssig gewesen. Also das beweist doch zur Genüge, daß man, ohne auf die Verhältnisse Rücksicht zu nehmen, einfach die Vorstände vorwärtsstreben will, ohne dabei Rücksicht auf das allgemeine Interesse. Wir kamen dahin überein: Wir warten die Bauarbeiterbewegung ab und kommen dann wieder zusammen. Ich sagte: Ich erkläre die Konferenz für überflüssig. Von Rehmern auf der Konferenz wurde sogar erklärt, daß sie für sie für bedenklich, für gefährlich halten, weil jede Konferenz der Öffentlichkeit gegenüber eine gewisse Festlegung bedeutet, und die sollte man nicht vornehmen, solange man nicht ganz klar die Verhältnisse übersehen kann. Nun gut, wir kamen dann zur Wählung einer späteren Konferenz, nachdem die Bauarbeiterbewegung als erledigt betrachtet werden konnte, nachdem kaum mehr zu befürchten war, daß sie die allgemeine Arbeiterkraft noch irgendwie stark engagieren würde. Wir berieten dann eine Konferenz ein und die Vorstände einigten sich dahin, den Kollegen den Vorschlag zu machen, in diesem Jahre eine Bewegung einzuleiten. Die Vorstände waren der Überzeugung, daß nach den Vereinbarungen von 1910 verschiedene nachgeholt werden müßte und sie hatten selbst zu der Konferenz eine Vorlage ausgearbeitet, die gleichsam Normalien für die aufzustellenden Forderungen darstellte. Die Zentralverflechtungskommission hatte in der Zwischenzeit eine Umfrage veranstaltet, in welcher Richtung sich die Forderungen bewegen sollten, und ich kann wohl konstatieren, daß die Vorstände und die Zentralverflechtungskommission übereinstimmend waren über die großen Unterschiede in bezug auf die Forderungen, in bezug auf das, was durchführbar sei. Wir gingen mit unserer Normalvorlage ziemlich weit, wir kamen den weitergehenden Forderungen viel eher nahe, als den Mindestforderungen, aber diese goldene Mittellinie, die wir den Kollegen empfehlen wollten, war ihnen nicht weitgehend genug, man meinte, man wolle ja doch zunächst nur einmal verhandeln, und auf Forderungen und Angebot herbeigehen ja der Handel. Ich stellte mich allerdings namens der Vorstände auf den Standpunkt, daß das wohl richtig sei, daß aber der Handel für die Gegenpartei unter Umständen doch nur dann ein Interesse haben könnte, wenn die Forderung nicht zu sehr sich heraushebt aus dem früheren. Wir sind der Meinung, daß aufgebaut werden muß auf dem Bestehenden. Wir schlugen vor, bei der Erhöhung der Einstellungsgehälter einschließlich des Lohnausgleichs für Verkürzung der Arbeitszeit zu nach Beruf, je nach Qualifikation, je nach den Lohnverhältnissen an den Orten einen Spielraum von 5 bis 8 % zu lassen. Wir wollten differenzieren und die Möglichkeit geben, daß dort, wo die Erhöhung am notwendigsten war, etwas mehr und wo schon einigermaßen erhöhte Löhne vorhanden waren, etwas weniger zugelegt werden sollte, nach dem Grundsatz, der in der Arbeiterbewegung allgemein herrscht, daß zunächst die niedrigsten Löhne in die Höhe gebracht werden müssen. Ja, wir kamen da schon an. Wir einigten uns allerdings auf einen Vorschlag, aber nachher, als die Verhandlungen drücklich beraten wurden, war von der Mindestgrenze von 5 % fast keine Rede mehr, man nahm überall das Höchste, trotzdem man sich meiner Ansicht nach sehr wohl darüber klar sein mußte, daß unter den Machtverhältnissen, wie sie auf den Werften bestehen, das nicht in dem Umfange durchgeführt werden konnte. Für uns waren noch andere Gründe maßgebend. Wir sagten: die Bewegung mag aussehen wie sie will, sie mag zum Streik führen oder nicht. Wir stehen allerdings auf dem Standpunkt, daß es im Interesse der Arbeiter liegt, wenn wir auf friedlichem Wege durch Verhandlungen etwas durchsetzen, aber wir erklären, vor einem Streik schrecken wir nicht zurück, müßten aber weiter erklären: Selbst wenn wir zu einem Streik kommen, kommt doch auch dann einmal der Augenblick, wo wir ihn beendigen müssen und da ist es ungeheuer hart für die Kollegen, wenn beispielsweise 8 % gefordert sind und wir bekommen nur 2 %. Wir haben dann vorher die Meinung erweist, wir könnten Wunder was durchsetzen, und nachher zeigt es sich, daß wir das nicht können. Aus diesem Grunde habe ich dafür plädiert auf der Konferenz, in dieser Beziehung nicht zu weit zu gehen, sondern lieber für etwas niedrigeres, aber feste Preise einzutreten. (Sehr richtig!)

Ich bin der Meinung, daß die Unternehmer uns viel eräster nehmen, wenn wir in dieser Weise den Bogen nicht zu straff spannen. Wenn sie von vornherein sehen, daß wir Forderungen stellen, von denen sie annehmen müssen, daß wir ein ganz ernstliches, vielleicht drei Viertel oder noch mehr davon abhandeln lassen müssen, so glaube ich nicht, daß sie uns dann ernst nehmen. Kurzum, wir haben uns nachher verständigt. Nur muß ich sagen, annehmlich übertrifft hat es sich nicht, als ich dann die Forderungen sah. Wir einigten uns dahin, weil bei der letzten Werftarbeiterbewegung die drücklich zu Verhandlung zu wenig berücksichtigt waren, daß diesmal berücksichtigt werden müßte, zu drücklichen Verhandlungen zu kommen. Allgemein geregelt werden kann die Arbeitszeit, eine Verringerung der Einstellungsgehälter, es kann eine bestimmte allgemeine Regelung für die Arbeiter bei den Vorständen werden. Aber neben dieser allgemeinen Regelung ist es notwendig, nach je und so viel Rücksicht auf rein örtliche Verhältnisse, auf die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben zu nehmen. Daher nahmen wir uns vor, die Bewegung zu einzuleiten, daß die Forderungen drücklich aufgestellt, drücklich an die Betriebe eingereicht und gleichzeitig den örtlichen Unternehmerorganisationen überreicht würden. Die Verhandlungsstände beschränken sich darauf, der Zentralgruppe der deutschen Werftarbeiter mitzuteilen, daß nunmehr auf allen Werften unsere Forderungen eingereicht sind und wir ersuchen, den Wunsch der Arbeiter, zu drücklichen Verhandlungen zu kommen, zu unterstützen. Wir wollten damit vermeiden, daß die Betriebe, weil sie nicht unterrichtet war, irgend welche Schwierigkeiten machte. Wir können nun sagen, daß die Werftarbeiter entgegen den Erwartungen, die wir sonst bei derartigen Verhandlungen beobachten konnten, ziemlich gut gearbeitet haben. Unsere Briefe wurden pünktlich beantwortet und wir kamen recht schnell zu Verhandlungen, allerdings zu keinen drücklichen Verhandlungen, sondern man machte die ganze Geschichte, als wäre es im Bargeld und in der Hofzinnsweise gemacht wurde, durch eine große Verhandlungskommission in Hamburg zur Verhandlung bringen. Man berief Arbeiter der Werfte nach Hamburg, auch Zentralverflechtungskommission, und es kam nachher in der Verhandlungskommission ich glaube 42 Arbeiter und ungefähr 20 Unternehmer gegenüber, also eine kleine Versammlung. Zu den Verhandlungen erklärten die Vertreter der Werften, daß für sie die Forderungen in Betracht kommen, sie seien so erwidert, daß sie Gegenwärtig zur Einigung nicht machen könnten. Also die Unternehmer wollten sich auf den Standpunkt, den ich vorher schon andeutete, und der ich von Anfang an beibehalten habe, des Handels, des Kaufmanns, der sich für eine bestimmte Ware interessiert, wenn aber der Preis der Ware zu hoch ist, so verhandelt man. So erklärten sie bei diesen Forderungen, sie seien keine Möglichkeit zu einer Verhandlung zu kommen und deshalb können wir Gegenwärtig nicht machen. Sie erklärten die Kommission, ihre Wünsche herabzusetzen, um es zu ermöglichen, daß auch die Gegenwärtig machen können. Der Leiter der Verhandlung erklärte unseren Kollegen Schatz: Sorgen Sie doch dafür, daß ernsthafte Forderungen gestellt werden können, machen Sie es und sich hoch die Sache nicht unnötig komplizieren.

Die Sache liegt nämlich im Lager der Unternehmer auch so — das wissen wir ja aus der Presse, aus der Arbeiter-Zeitung — die Unternehmer haben nicht einig werden sich in bezug auf die Verhandlungsfrage, in bezug auf die Frage der Abfertigung mit den Gewerkschaften. Wir haben im Unterhändlerlager — ich möchte sagen: common-chesternus (gemein wie die uns) — eine Kriegspartei und eine andere Partei. Eine Partei, die der Verhandlung das Wort redet, eine Partei, die schon macht. In gegenwärtigen Moment war es noch immer Verhandlung der Partei, die der Verhandlung das Wort redet, gelungen, ihren Willen durchzusetzen, und an uns lag es, diese Situation auszuweichen. Wir verständigten uns dann auch auf einer Konferenz darüber und versprachen uns der vollständigen Ueberzeugung, daß in dem Parteiverhandlung das schon liegt, daß die Verhandlung aus sich selbst herausgehen würde, die

etwas hinter den gemachten Vorschlägen liegen. Unsere Taktik sollte so eingerichtet werden, daß wir durch Zurückweichen von unseren ersten Forderungen, allerdings nur innerhalb mäßiger Grenzen, versuchen sollten, Gegenwärtig der Unternehmer herauszulocken. Ob das gelungen ist oder nicht, darüber gehen die Meinungen auseinander, und das ist eigentlich die Ursache des heutigen Streikpunktes. Die Vorstände stehen auf dem Standpunkt, daß es am besten gewesen wäre, gar keine Forderungen einzutreten, sondern wenn den Unternehmern einfach erklärt worden wäre: Seid Ihr bereit zu verhandeln über eine zeitgemäße Regelung der Arbeitsverhältnisse auf den Werften? Und erst wenn wir zusammen waren, wären wir mit unserem Programm gekommen. (Dittmann: Das sagt du jetzt!) Das sagte ich früher auch schon, das haben wir 1907 auch schon gemacht, 1910 haben wir es ebenfalls empfohlen. (Dittmann: 1913 nicht!) Wer war es denn, der gesagt hat, auf Wieten und Fördern beruht das Handeln, das waret Ihr doch, nicht ich. Wir haben das auch bewiesen durch unsere letzten Anträge an die Unternehmer. Die Vorstände waren der Meinung, daß die Verhandlungskommissionen der Arbeiter und die Unternehmer selbst sich so festgelegt hatten, daß sie kaum noch zurückkommen. Diese Verhandlungskommissionen waren auf einem totalen Punkt angelangt, sie konnten unserer Auffassung nach nicht zurück. Besonders die Unternehmer hatten erklärt durch den Vorstand der Gruppe deutscher Seeschiffswerften, daß sie nur 2 % Lohnverhöhung geben wollten, und zwar 1 % in diesem Jahre und den andern im nächsten Jahre und daß sie außerdem an all den Orten und Stellen, wo die Einstellungsgehälter nach 1910 nicht erhöht worden seien, 2 % Zulage gewähren wollten. In der Presse war berichtet worden, daß die Unternehmer das als das Äußerste betrachtet wissen wollten, was sie geben könnten. Das hatten auch die Unternehmer bei der Abgabe ihrer schriftlichen Erklärung gesagt und es stand auch in der Erklärung, daß sie nur im Interesse des Friedens das geben wollten. Eigentlich lägen die Dinge so, daß die Werften so schlecht gestellt wären, daß für sie diese Zugeständnisse schon eine ungeheure Belastung bedeuteten. Zu dieser schriftlichen Erklärung fügte dann der Vorsitzende, Direktor Walltow, in der Verhandlung noch hinzu, daß die Unternehmer diese Zugeständnisse als gescheitert betrachten müßten, wenn die Arbeiter sie nicht annehmen. Sobald Zugeständnisse der Unternehmer von Arbeitern nicht angenommen worden sind, sind sie bisher immer gegenstandslos geblieben. Also das war eine Winzermesserei, die da versapft wurde, eine Selbstverständlichkeit. Ein Teil der Kollegen glaubte die Ueberzeugung der Unternehmer, daß das das Äußerste sei, was sie zugeben könnten, als Ultimatum aufzufassen zu müssen. Die Vorstände waren anderer Meinung, und zwar auf Grund der Erfahrungen bei früheren Lohnbewegungen. Im Jahre 1907 erklärten uns die Unternehmer durch den Mund ihres Vorsitzenden: „Meine Herren, wir geben Ihnen die Verkürzung der Arbeitszeit um drei Stunden pro Woche vom 1. Oktober 1908 an, also ein ganzes Jahr später, als sie gefordert war, aber für Hamburg erklären wir, daß wir sie schon dieses Jahr einführen wollen.“ Er fügte hinzu: „Das geben wir Ihnen aber nur unter der Voraussetzung, daß es nicht zum Streik kommt; kommt es zum Streik, dann gehen wir gar nicht.“ Das war eigentlich auch ein Ultimatum, genau so wie es diesmal ausgesprochen worden ist. Und was haben wir erlebt? Es ist uns trotz dieser kategorischen Erklärung durch weitere Verhandlungen gelungen, schon bis zum 1. Oktober 1907 die Arbeitszeitverkürzung auf der ganzen Linie durchzuführen. 1910 verhandeln wir tagelang mit den Unternehmern. Wir waren ungefähr 14 Tage zusammen, wir vertraten unsern Standpunkt, die Unternehmer den ihrigen; sie erklärten in den Sitzungen, die Werften seien zu belästigt. Am vorletzten Tage erklärten uns die Unternehmer: „Das wollen wir geben. Wir erklären Ihnen aber, mehr können wir nicht geben.“ Und es stellte sich heraus, daß sie uns nach den damaligen Verhältnissen immerhin jobiel gegeben haben, daß wir mit gutem Gewissen unseren Kollegen nicht empfehlen konnten, weiter im Streik auszuweichen. Die Kollegen sahen das damals ein und wir nahmen das gern an. Aber das beweist doch, daß ein Ultimatum der Unternehmer eben doch nicht in allen Punkten ein Ultimatum ist.

In Berücksichtigung des Umstandes, daß beide Kommissionen sich festgelegt hatten, sagten wir uns: Jetzt ist es Zeit, daß die Vorstände eingreifen, daß sie an den Vorstand der Gruppe deutscher Seeschiffswerften herantreten und ohne Rücksicht auf die gestellten Forderungen ihm nur die Frage vorlegen: Seid Ihr bereit, mit einer Vertretung der Verhandlungsstände über eine zeitgemäße Regelung der Arbeitsverhältnisse auf den deutschen Seeschiffswerften zu verhandeln? Die Vorstände waren einig darüber, daß sie verpflichtet waren, diesen Weg zu beschreiten. Um aber sicherzugehen, wandten sie sich an die Kollegen, die wir aus den verschiedenen Werften in Hamburg beheimaten hatten und aus denen die Verhandlungskommission gebildet worden ist. Wir sprachen mit diesen Kollegen nochmals die Sache durch und kamen zu einem Majoritätsbeschluss, der dahin ging, daß dieser letzte Versuch noch einmal gemacht werden sollte. Die Vorstände wandten sich an die Werften und andern Tags fand — und zwar ohne Zutun der Vorstände — eine Werftarbeiterkonferenz statt, die unserer Ansicht nach — das haben wir auch damals der Zentralverflechtungskommission erklärt — nicht unbedingt notwendig gewesen wäre. Wir teilten der Verflechtungskommission den Sachverhalt mit, und auch hier erzählten wir nach rechtlicher Diskussion das Ergebnis, daß man abwarten wolle, wie die Aktion der Vorstände ausfallen würde. Nun versucht man ja die Sache so hinzuzuführen, als ob die Vorstände die Werftarbeiter und die Konferenz vor eine vollendete Tatsache gestellt hätten. Es wäre nach und nach durchgedrückt, daß die Vorstände das Schreiben bereits abgelesen hätten. Ich habe in meinen Ausführungen von vornherein erklärt, daß die Vorstände die Aktion unternommen haben, ich habe festgestellt, daß sie als Termin den 17. Juli festgesetzt hätten, und ich weiß nicht, warum die Konferenz sich nicht darüber klar geworden sein soll, daß das Schreiben bereits abgelesen war. (Zuruf: Eine direkte Anfrage ist nicht beantwortet worden!) Die Frage ist beantwortet worden schon durch den Hinweis von mir, daß der 17. als Termin der Unternehmern festgesetzt sei. Haben wir denn auf der Konferenz über den Termin abgeklärt, wie wir das früher getan haben? Nein, die Frage ist von mir klipp und klar beantwortet worden. Das gibt es nicht, Kollegen, daß hier darauf gedeutet werden kann, da sind auch Fragen vorhanden, die das gehört haben. Aber, Kollegen, besonders ihr Hamburger, ihr seid ja viel zu verblödet in eure eigene Taktik — das hat sich auf der Konferenz weise gezeigt bei den Zusammenkünften, die wir gehabt haben, die ihr mit mir und mit anderen Rednern gehabt — daß ihr verblödet in der Verhandlung überhört habt, was gesagt worden ist. (Zuruf: Was man nicht gern hört, überhört man! Heiterkeit!) Jetzt sagt man, ja, wie kommen die Vorstände dazu, eine derartige Aktion zu unternehmen, sind sie dazu berechtigt, über den Kopf der Streikenden hinweg? Die Frage ist beantwortet durch die Verfassung unseres Verbandes. Der Vorstand ist die Leitung unserer Organisation, und unsere Organisation ist zu dem Zweck geschaffen, Klärung herbeizuführen, aufzutreten, Kampfe vorzubereiten. Organisiert heißt vorbereiten, aufbauen nach einem bestimmten Plan, nach einer bestimmten Vorlage. Aber selbst für die Arbeiter an dem zentralistischen Gebilde dürfte es interessant sein, daß unser Vorstand selber dem im Statut liegenden Recht noch außerdem das Recht verleiht bekommen hat, in drücklichen Fragen einzugreifen, und zwar durch die Beschläge der Arbeiter Generalversammlung. (Sehr richtig!) Die Hamburger Generalversammlung hat beschlossen, daß bei drücklichen Bewegungen die Leitung der Bewegung in den Händen der Ortsverwaltung und der Bezirksleitung liegt, daß aber bei zentralen Bewegungen die Leitung der Bewegung in den Händen des Vorstandes mit der Bezirksleitung liegt. Der Beschluß der Hamburger Generalversammlung ist es, daß kein Kampf unternommen werden darf, ehe nicht der Verhandlungsweg vollständig erschöpft ist und daß die Leitung der Bewegung die Taktik bestimmt. Auf Grund dieser Beschläge war der Vorstand nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, in dieser Weise zu handeln. (Sehr richtig!) Der Vorstand hat in dieser Frage sehr loyal gehandelt. Er hat sich mit der Verhandlungskommission verständigt und hat die Kollegen durch die Konferenz ebenfalls ver-

ständigen wollen von dem, was er vorhatte. Ich muß entschieden den Vorwurf, daß der Vorstand loyal gehandelt hätte, mit aller Schärfe zurückweisen. Der Vorstand hätte seine Pflicht verlegt, wenn er nicht so wie geschah gehandelt hätte. Um einen friedlichen Ausbruch zu gebrauchen: Der Vorstand, der das nicht getan hätte, hätte verdient, an die Mauer gestellt zu werden.

Man sagt nun, der Ausbruch der Bewegung wäre so plötzlich von unten herauf erfolgt. Kollegen, die Bewegungen auf den Werften erfolgen alle plötzlich von unten herauf. (Heiterkeit!) Ihr müßt, ich gehöre nicht zu den Scharfmachern, aber dazu mache ich mich auch anheißig, eine Bewegung von unten herauf zu erzielen; das bringe ich zur Not auch noch fertig, trotz meines verhältnismäßig ruhigen, wenig aufgeregten Temperaments. Wie man's treibt, so kommt's. Ein altes Sprichwort sagt: „Wenn das am grünen Holz geschieht, was soll am dürren werden!“ Wenn man die Erziehung der Kollegen so betreibt, daß man zum Beispiel sagt: Die Kollegen müssen die Vorstände vorwärts treiben, die Vorstände haben kein Interesse, keinen Sinn für die Lage der Werftarbeiter, wenn man den Kollegen erzählt, daß sie die Elite, die Kerntruppe der Arbeiterbewegung sind — das ist geschriebe, gedruckt steht das (Heiterkeit) — wenn man den Kollegen erzählt, daß es bei einer Bewegung nicht bloß ankommt auf die statutarischen Bestimmungen, auf den organisatorischen Aufbau einer Bewegung, sondern daß auch der „Glan“ dazu beitragen müsse, daß der viel höher geschätzt wird — ja, Kollegen, da wundere ich mich nicht, wenn die Auffassung in den Köpfen erzeugt wird, daß sie nur hirtulose Bräuen und dann ist die Geschichte gemacht. Eine derartige Erziehung ist falsch, ist durchaus unrichtig. Haben wir deswegen 20 Jahre Organisationsarbeit leisten müssen, um nachher zu einer Taktik zu kommen, die wir uns vor 20 Jahren schon an den Schuhsohlen abgelaufen hatten? (Sehr richtig!) Nein, Kollegen, dagegen mußte der Vorstand sich wenden und er hat sich mit aller Energie dagegen gewandt.

Aber wie die Bewegungen auf den Werften kommen, dafür noch ein paar Beispiele. Auf dem Vulkan, der in Hamburg ein neuer Betrieb und beeinflusst ist durch die Entwicklung der übrigen Werften in Hamburg, der in verhältnismäßig kurzer Zeit eine große Anzahl Arbeiter brachte und sie natürlich nehmen mußte, wo er sich herabkam — auf dem Vulkan in Hamburg ist auch von unten herauf geschickt worden. Die Fabrikleitung war im Drang, der Riesenlasten, der Imperator, sollte fertig werden, und unsere Kollegen benutzten die Gelegenheit, den Druck für sich auszunutzen. Sie sagten sich, wir haben die Arbeit hin. Das geschah eines schönen Tages ohne Verständigung der Ortsverwaltung, einfach durch den Glan von unten herauf. Die Direktion sieht im Druck, man kommt zu Verhandlungen, die Kollegen verlangen 35 Prozent Morbiditygarantie. Im Druck gibt das die Direktion zu (Zuruf: Nicht schriftlich!), sie gibt es zu, weil der Dampfer fertig werden mußte. Was macht man? Man fängt wieder an zu arbeiten, die Sache ist erledigt. Aber damit nicht genug. Es muß ja auch konstatiert werden, daß diese Elite etwas durchgehauen hat, man schreibt gleich einen großen Bericht ins Hamburger Echo (Sehr wahr!) und sorgt dafür, daß er an sämtlichen Werften herumtrübt und so unseren Kollegen gesagt wird: Seht einmal, die haben was herausgeholt, jetzt müssen wir auch hineinfliegen, was die fertiggebracht haben, können wir auch! Das ist die Erziehung auf den Seeschiffswerften, und so gehen die Bewegungen von unten herauf. — Ein anderes Bild! In Hamburg findet eine Versammlung statt. Die Versammlung war meiner Ansicht nach überflüssig, denn solange sich in der Situation des Streiks nichts verändert hat, braucht man auch nichts zu berichten. Das war auch die Hamburger Streikleitung eingesehen haben, man beschränkte sich in der Versammlung darauf, ein Referat anzuhören, wurde aber dahin einig, keinen Beschluß zu fassen. Wir standen in Verhandlungen, wenigstens war anzunehmen, daß wir dazu kommen, die Versammlung dokumentierte dadurch, daß sie keine Beschlüsse faßte, daß sie Gewehr bei Fuß stehen wollte. Von den Kollegen auf dem Vulkan war offenbar ein schärferes Zufassen erwartet worden, und da die Versammlung sich darauf nicht einließ, fanzte man den andern Tag aus der Werft heraus. Eigentlich ohne jede Veranlassung, und da man nun sah, daß man damit nicht durchkam, erklärte man: Das Ding ist keine Arbeitsniederlegung, sondern ein Generalurlaub. (Heiterkeit!) Jedenfalls hat man damit die Terminologie der deutschen Gewerkschaften um einen Ausdruck vermehrt. Ich hätte übrigens nichts dagegen, wenn die Kollegen einen Generalurlaub durchsetzen würden, aber in dem Augenblick dürften sie nicht die Unterstützungsforderung anschnelden. (Sehr gut!) Wenn wir dazu kommen sollten, im Verband Generalurlaub zu bewilligen und dabei Unterstützung zu geben, dann könnten wir schöne Dinge erleben.

Eine neue Bewegung von unten herauf! Unsere Kollegen einer Gruppe in Flensburg hatten nicht genug an drei Pfingstfeiertagen, sie mußten noch einen vierten dazu haben. Sie machten blau, machten eine sogenannte Harmoniepartei (Heiterkeit!), sie kniepten nicht allzuweit von der Werft und kamen in Stimmung — diese andere Spielart des Glans machte sich bei ihnen bemerkbar (Heiterkeit!) —, mit Musik marschierten sie nach der Werft, begehrten Einlass, belamen ihn und nahmen den Postier in ihre Mitte, unterwegs im Hof trafen sie noch ein paar Meister, und so marschierten sie zum Lohnbureau. Unterwegs trafen sie wohl auch noch ein paar Ingenieure, die mußten auch mit. (Heiterkeit!) Auf dem Lohnbureau verlangten sie Vorfuß, und die Direktion bewilligte ihn. (Heiterkeit!) Der Zweck war erreicht; wie sie gekommen, marschierten sie wieder ab und festen, glaube ich, den Postier wieder auf seinen Posten. (Heiterkeit!) Die 30 % haben natürlich nicht lange gereicht. Und weil sie nicht lange gereicht haben, mußten die Kollegen auch wieder einmal anfangen zu arbeiten. Das war auch von unten herauf! Der Direktor der Werft, der damals nicht zugegen war, machte dem Vertrauensmann Vorwürfe und verlangte, die Kollegen sollten sich doch wenigstens entschuldigen. Ja, sagte der Kollege, Sie sind uns ja noch 2 % schuldig, die Sie uns versprochen und nicht gegeben haben. Bezahlen Sie uns die. (Hört! Hört!) Wie lag die Sache in diesem Falle? Die dänische Firma Burmeister og Wain hatte von Flensburg massenhaft Arbeiter weggenommen, und zwar zu ganz hübschen Versprechungen, die Werft mußte befürchten, daß ihr noch die letzten paar Meiler weggehen, und unter diesem Druck ist es zu verstehen, daß der Vorfuß und die Zulage bewilligt wurden. — Wir kamen nachher zu Verhandlungen in Hamburg, unsere Kommission war noch bei den Verhandlungen und da belamen wir die Nachricht, daß in Flensburg die Vorhalter herausgelangt sind, und als wir fragten warum?, da hieß es, sie wollen auch die Zulage haben.

Und sehen wir uns die Fusionierung der letzten Lohnbewegung an! Die Kollegen von Hamburg waren ja so vorrechtig, auf der letzten Werftarbeiterkonferenz zu erklären: Wir glauben nicht, daß wir unsere Kollegen auf den Werften noch halten können. Kreidei uns das nicht an, wenn der Schuh nicht geht und wenn es zur Arbeitsniederlegung kommt! Der kluge Mann baut vor, jaquin für unsere Hamburger Kollegen. Es steht aber fest, daß, ehe die Konferenz der Werftarbeiter zu der Frage Stellung genommen hat, die Ortskommission von Hamburg beschlossen hatte, am Montag abend nach der Konferenz eine Verjammung der Werftarbeiter für die einzelnen Gruppen abzuhalten und dort die Abstimmung über Krieg oder Frieden vorzunehmen. (Hört! Hört!) Man hatte keine Zeit, zu warten, bis die Konferenz Stellung genommen hat, sondern man mußte sofort die Versammlung einberufen. Und wenn man einberufen: wir haben die Kaufzettel im Postfach und noch später benutzen konnten, so bleibt doch der Beschluß bestehen, und das ist durch und muß bei den Kollegen den Anschein erwecken, daß es zum Plagen kommen muß. (Sehr richtig!) Auf unserer letzten Generalversammlung hatten die Hamburger uns vorgeschlagen, wir sollten unser Statut ändern, wir sollten bei größeren Bewegungen Konferenzen einberufen, zu denen die Delegierten anständig gewählt werden, wie zu der Generalversammlung. Nun hätten die Hamburger doch unter allen Umständen erst einmal die Entschließung der Konferenz abwarten müssen. (Sehr richtig!) Aber das ging zu langsam, die Bewegung mußte ja von unten auf gemacht werden. Nun werden die Kollegen von Hamburg sagen, die Werftarbeiterkonferenz ist nicht so zusammengesetzt wie die Generalversammlungen, sie ist mehr oder weniger willkürlich zusammengesetzt,

die befohlene Funktionäre nehmen so ipso daran teil. Dem ist aber entgegenzuhalten, selbst wenn die Konferenz der Werftarbeiter nicht genau so zusammengefaßt ist, wie die Hamburger es in ihrem Antrag haben wollten, so hätten die Kollegen trotzdem die Stellung der Konferenz abwarten müssen, weil sie bisher auf den Konferenzen mitgearbeitet, weil sie mitberaten und mitgeteilt haben. Dadurch haben sie die Zuständigkeit der Konferenzen für solche Fragen anerkannt, und darum kann es nicht gelten, daß man sagt, die Zusammenkunft entspricht nicht unseren Anforderungen. Ich konstatiere, daß hier nicht einmal das gehalten worden ist, was die Hamburger selbst beantragt hatten. (Hört! Hört!)

Nach der Arbeitsniederlegung in Hamburg haben wir eine Zusammenkunft der Vertreter unserer Verbände aus den Werftorten gehabt und uns eingehend über die Sache unterhalten. Ich habe erklärt, daß die Vorkommnisse tief bedauerlich sind, bedauerlich deshalb, weil sie das Prestige unseres Verbandes vollständig erschüttert haben. Ich habe weiter ausgeführt, wie nach meiner Auffassung die Bewegung zustande gekommen ist, ich habe herabgehoben, daß in Hamburg die Bewegung dadurch in Fluß gekommen ist, daß ein Kollege gemahregelt war und daß daraufhin die Kollegen der Kesselstromeinrichtung die Arbeit niederlegten. Ich wurde unterbrochen durch den Zuruf, daß meine Darstellung eine ganz falsche sei. Ich war natürlich geirrt auf die richtige Darstellung, zumal da auch in den Werftorten von Maßnahmen die Rede war, und da es sich nicht nur um den Redner aus Hamburg folgendes: Nicht die Kesselstromeinrichtung haben die Arbeit zuerst niedergelegt und nicht die Maßregelung war die Ursache, sondern die Mieter waren schon vorher aus der Reihe getanz. Warum? Weil am Montag morgen vor der Werft Schiffeleute in größerer Zahl postiert waren und weil mit den Vorarbeiten von den Meistern mit oder ohne Genehmigung der Werftleitung Unruhe getrieben wurde, indem die Arbeit, die geleistet werden sollte, nicht richtig umzusetzen war, sondern die Möglichkeit bestand, sie auszudehnen. Aber das war nicht etwa erst während der Verhandlungen passiert, sondern schon vorher (Sehr richtig!), und das war nicht die mittelbare Ursache. Ich will mich auf die Wiedergabe von unkontrollierbaren Gerüchten nicht einlassen, ich bin weit entfernt davon, zu sagen, daß solche Gerüchte immer auf Tatsachen bis zum letzten Punkt beruhen. Aber wo Rauch ist, ist in der Regel auch etwas Feuer, die Fama hat ja die Untugend, alles, was sie hört, zu vergrößern, aber so ganz aus dem hohen Rauch brechen die Kollegen so etwas nicht. Man hat hier wie so oft die Wahrheit gehört, den Vorstand vor die Situation zu stellen: Friß, Vogel, oder stirb! (Wahrheit.) Die Taktik, die da befolgt wurde, ist nichts anderes als eine Erpressertaktik gegen die Organisation. Nun sagt man, es sei das Gerücht verbreitet worden, die Ortsverwaltung habe gesagt: Wo s u m i t i e r! Aber das Gerücht verbreitet hat, weiß man nicht. Ich habe die Kollegen aus Hamburg darauf aufmerksam gemacht, daß der Vorstand ein lebhaftes Interesse daran hat, den Vertreter des Gerüchtes kennen zu lernen, um eventuell hinter seinen Urheber zu kommen, und die Kollegen haben mir beifällig, daß der Vorstand ein lebhaftes Interesse daran haben müsse. Aber obwohl uns versichert wird, daß unsere Hamburger Mitglieder, soweit die Werftarbeiter in Frage kommen, eine Kerntruppe sind und trotz des angeblich guten Vertrauensmännerstems scheint es bis heute noch nicht gelungen zu sein, den großen Unbekannten zu entdecken, der das Gerücht aufgebracht und damit den Krieg auf den Werften entfacht hat. (Hört! Hört!) Auch das spricht Bände. Wenn ich es mir auch erklären kann, daß vielleicht eine Abteilung, aufgebelehrt und aufgeregelt wegen der Entlassung eines Kameraden, die Arbeit niederlegt, so finde ich aber keine Erklärung dafür, daß auch die übrigen Abteilungen ausruft. Tatsache ist es, daß die Mieter bei Blohm & Voß kaum aus dem Betrieb gegangen waren, da wurde schon drüber auf dem Vulkan gewinkt und die waren auch ganz plötzlich draußen. Warum? Nun, was andere können, können wir auch; warum sollen wir die Kollegen bei Blohm & Voß allein lassen? Wir, die wir als Elitegruppe eigentlich weiter nichts gemacht haben, als die ganze Sache ein- und auszulassen. (Sehr gut!) Ich sage, das ist unübersehbar, und der Vorstand, der sich etwas herartiges gefallen läßt, gehört an die Mauer gestellt. (Sehr richtig!) Die Sache ging dann ziemlich schnell. Unsere Kollegen, die auf der Konferenz erklärt hatten, sie könnten die Leute nicht mehr halten, und man sollte es ihnen nicht überlassen, wenn irgend etwas passiert, die also auf der Konferenz den Anschein erweckt hatten, als ob sie Frieden halten würden, haben diesen Anschein nachher merklich betätigt. (Zuruf: Wir haben unser Wort gehalten!) Ich werde gleich beweisen, wie ihr es gehalten habt. Am Spätnachmittag des Montags, wo die Kollegen bei Blohm & Voß hinausgegangen sind, fand eine Ortsverwaltungsaktion statt, in der Schulz, nachdem er vorher mit mir konferiert hatte, erklärte, der Vorstand werde nach der Sachlage die Bewegung kaum unterstützen und es sei am besten, die Sache wieder einzustellen. Damals war erst ein Teil heraus. (Zuruf: Drei Drittel!) Das ist doch nur ein Teil. (Aber ein großer!) Die Größe allein tut es nicht. Die Kollegen in der Ortsverwaltung bis auf die beiden Bevollmächtigten wandten sich gegen die Taktik von Schulz. Zwei Drittel waren heraus, es hieß, denen können wir nicht zuzumuten, hinzuzugehen, im Gegenteil, wir müssen die anderen bewegen, auch die Arbeit zu verlassen. (Zuruf: Dafür hat man auch gesorgt!) Kurz und gut, am andern Morgen war überall das Gas abgedreht.

So lagen die Dinge in Hamburg. In Flensburg machte man das selbe. (Zuruf: Ohne Mist! Heiterkeit.) Man wollte die Werftbesitzer die Macht der Organisation fühlen lassen. Der Direktor verlangte nochmals von den Mietern, sie sollten sich doch wegen ihres Vorgehens entschuldigen, aber das gab es nicht, es folgte als Antwort die Arbeitsniederlegung. In Stettin machten es die Mieter so, wie sie es schon früher gemacht hatten, sie gingen einfach heraus, noch ehe die örtlichen Verhandlungen beendet waren, sie beschloffen die Arbeitsniederlegung trotz einer ausdrücklichen Ermahnung unseres Bevollmächtigten, des Kollegen Junger. Also nicht bloß Entlassungen, sondern absichtliche Durchbrechungen der statutarischen Bestimmungen, absichtliche Durchbrechungen der festgelegten Taktik. (Sehr richtig!) Wenn irgendwo auf den Werften etwas anfängt zu brennen, dann bringen die Verhältnisse es mit sich, daß es gleich überall unruhig wird. Das kommt daher, daß die Kollegen von einer Werft zur andern wechseln. Namentlich das ungelernete Element, das am Küppelbau beschäftigt ist, wird oft gezwungen, sich wo anders Arbeit zu suchen. Es ist daher gar nicht verwunderlich, wenn neben den offiziellen Telegraphenlinien, die durch die Organisation gegeben sind, noch unrichtige Telegraphenlinien bestehen, mittels denen die Kollegen unterrichtet werden. (Haad: Drahtlose Telegraphie!) Wie das funktioniert, dafür ein Beispiel. Am Mittwoch sollten die Mieter in Stettin die Arbeit niederlegen, aber schon am Dienstagabend war das im Hamburger Gewerkschaftshaus bekannt. (Hört, hört!) Auch das läßt tief blicken. Nun folgten die Arbeitsniederlegungen in der Weise: Montag im Laufe des Vormittags die Werft von Blohm & Voß, der Schiffbau und die gesamte Werft des Vulkan, am Dienstag der Schiffbau in Flensburg und der Rest der Hamburger Werften, am Mittwoch die Mieter in Stettin und die übrigen Abteilungen der Werft in Flensburg. Am Freitag Kiel, am Samstag abend die übrigen Reste der Werften von Stettin, am Montag früh Begeck und am Mittwoch Bremen. Nachdem dem Vorstand bekannt war, daß in Flensburg die Kollegen herausgegangen waren, erließ er an die Ortskommissionen ein Zirkular, wodurch sie ersucht werden sollten, zu verhindern, daß das Beispiel von Hamburg Nachahmung findet und worin er gleichzeitig mitteilte, daß er die Arbeitsniederlegung von Hamburg nicht unterstützen könne. Aber trotzdem ist ohne Rücksicht darauf auf anderen Werften die Arbeit niedergelegt worden. Die Presse — nicht nur die Unternehmerpresse, sondern auch die Arbeiterpresse, der Vorwärts — brachte ein solches Zirkular, wonach die Unternehmer erklärt hätten, die Verhandlungen seien gegenstandslos geworden. Daran war die weitere Mitteilung geknüpft, daß ja übrigens die Werftbesitzer auch schon erklärt hätten, ihr Aufheißes getan zu haben. Diese Notiz soll nach den uns gewordenen Nachrichten dazu beigetragen haben, daß unsere Kollegen auf den Werften ganz ungeheuer beunruhigt wurden, und sie soll auch bei verschiedenen Kollegen der Ortsverwaltungen die Meinung haben aufkommen lassen, daß ja der 17. Juli, also der Termin, wo

der Vorstoß eine Antwort haben wollte, hiermit verfrachten und nun eigentlich das Moment gegeben sei, um loszuschlagen. Diese Erklärung der Situation kann selbstverständlich dem Vorstand nicht genügen. Wäre das eine Erklärung für ein Losschlagen auf der ganzen Linie, dann würde tatsächlich die Bestimmung der Taktik nicht mehr bei den in Betracht kommenden Organisationen, sondern bei den Unternehmern liegen, sie bräuchten bloß eine Notiz in die Presse zu langieren, unsere Kollegen würden das als bare Münze nehmen und die Arbeit niederlegen. Der Konferenz war mitgeteilt worden, der 17. Juli ist der Termin, wo eine Antwort erfolgen muß. Von einigen Kollegen wurden Zweifel darüber laut, was geschehen würde, wenn die Werftbesitzer Verhandlungen zuzagen. Es wurde gesagt, dann würde die Sache zweifellos noch weiter eingeschleppt werden. Ich habe darauf erklärt, daß meinerseits, da ich ja im Auftrage sämtlicher Verbände geschrieben habe, die Frist so kurz wie möglich gestellt sei, so daß wir längstens in 14 Tagen vollständig reine Bahn haben würden. Niemand, der an den Beratungen der Konferenz teilgenommen hat, konnte darüber im Zweifel sein, daß wir, ehe wir losschlagen, mindestens noch einmal zu einer Konferenz zusammentreten. (Sehr richtig!) Darum genügt die Entschuldigung, daß die in die Presse langierte Notiz die Meinung erweckt haben sollte, jetzt sind wir aller Verpflichtungen ledig, nicht. Das ist keine Entschuldigung, denn das würde unserer ganzen bisherigen Taktik, auch unserer Taktik auf den Werften, zuwiderlaufen. 1910 haben wir, ehe wir losgeschlagen haben, uns erst verständigt, wie wir losschlagen sollen. Hätten die Unternehmer abgelehnt oder zu wenig bewilligt, dann wäre doch zweifellos die Organisationsleitung gezwungen gewesen, sich mit den Kollegen zu verständigen, wann und wie losgeschlagen werden soll. Ganz abgesehen davon, welche Taktik wir vereinbart hätten, war doch zum mindesten die Frage erwägenwert, ob wir gleich auf der ganzen Linie losschlagen sollen oder ob wir zunächst zu anpassen, wo die Unternehmer es am schärfsten fühlen. (Sehr richtig!) Wir haben doch auf den Schiffswerken Kollegen, die zum Teil in Dienste der Arbeiterbewegung ergraut sind und die hinreichend Erfahrung haben, so daß wir erwarten konnten, daß sie die Situation übersehen können. Es sind nicht nur die einschlägigen Grundzüge der Taktik gründlich verlernt, sondern auch das Verhandlungsstatut ist direkt mit Füßen getreten worden. Und da sagt man, die Zwischensachen des Statuts haben den Mißlingen nicht halten können. Ich bedaure es, daß die Arbeiterpresse in das selbe Horn bläst. Es hätte wohl im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung gelegen, wenn sie in dieser Frage zunächst Gehör bei Fuß gefunden hätte. (Verstärkte Zustimmung.) Statt dessen hat ein Teil der Arbeiterpresse in höchst einseitiger Weise Stimmung gegen die gewerkschaftlichen Grundzüge und gegen die Verfassung der Gewerkschaften gemacht. (Erneute lebhafteste Zustimmung und Zurufe: Unbewußt!) Wenn das unbewußt geschehen ist, so bedaure ich es doch, denn das ist ein Beweis dafür, daß die Redaktion nicht in richtigen Händen liegt. (Sehr gut! — Zuruf: Die Arbeiterpresse ist für die Masse!) Ja, gerade weil sie für die Masse ist, so muß sie verhindern, daß der Masse tendenziös entstellte Stoff vorgelegt wird. (Sehr richtig!) Gerade darum hat sie eine um so größere Verantwortung. (Wiederholte lebhafteste Zustimmung.) Und ist es denn wahr, daß hier nur Formalien in Betracht kommen? Ist es denn wahr, daß die Bestimmung, daß eine so und so große Majorität vorhanden sein muß, nur Formalien sind? Nein, wer das sagt, der versteht es einfach nicht, oder aber er redet gegen besseres Wissen. (Zuruf aus Kiel: Wir haben einstimmig beschlossen!) Ich gebe gleich Antwort darauf, nur Geduld, ihr kommt auch noch heran! (Heiterkeit.) Ich konstatiere, daß die Arbeitsniederlegung in Hamburg ohne Abstimmung erfolgt ist, daß man erst abgestimmt hat, nachdem die Kollegen draußen waren. (Hört! Hört!) Man hat nicht abgestimmt über den Streik, sondern darüber, ob sie wieder hineingehen sollen. (Zuruf: Das geht auch!) Ja, das geht auch, das ist entschieden einfacher und klappert besser. (Heiterkeit.)

In anderen Werftorten ist es ebenso gemacht worden. Nun sagen die Mieter, sie hätten einstimmig beschlossen hinauszugehen. Ich konstatiere, daß in der Versammlung, wo die Abstimmung vorgenommen wurde, Garbe der einzige Redner war, den man ruhig angehört hat, obwohl er Ausführungen machte, die der Mehrzahl der Teilnehmer nicht in allen Teilen zusagten. Alle anderen Redner, die in ähnlichem Sinne sprachen, hat man niedergebrellt. Das ist Toleranz gegen andere Meinungen. (Sehr gut!) Wie kann man da von einer Elite reden? Die Ortsverwaltung hatte dafür gesorgt, daß Stimmgeldder da waren, sie hatte alles vorbereitet, aber es wurde abgelehnt, per Stimmgeldder abzuschließen, man hat per Affirmation abgestimmt. (Hört, hört!) Wozu denn die Formalien mit der geheimen Abstimmung? Bei Schaffung unseres Statuts haben wir uns gesagt, eine Abstimmung über Krieg oder Frieden ist so verantwortungsvoll, daß jeder Einzelne nach seiner innersten Überzeugung stimmen muß und nicht durch Massenuggestion zu einer Stellung gedrängt werden darf, die ihm unheilvoll werden kann. Die geheime Abstimmung ist nicht eine Formalität, sondern sie ist geschaffen worden, damit das Verantwortungsgesühl des Einzelnen wachbleiben kann. (Sehr richtig!) In einem andern Orte hat man die Sache noch schöner gemacht, da hat man sich nicht damit begnügt, den Redner nicht sprechen zu lassen. Es war der kollektive Fuhrmann. (Zuruf: Dem schadet das nichts!) — Ausgerechnet Fuhrmann, den man, als er in einer Versammlung den Standpunkt der Verbände, mit dem sich die Konferenz einverstanden erklärt hatte, auseinandersetzen wollte, nicht zu Ende reden ließ. Über hierbei reichten die dem Menschen von Natur gegebenen Organe nicht aus. Man brachte, um mehr Harmonie in das Getrüb zu bringen, Votzestimmungen mit, und wehe dem, der eine abweichende Meinung vertreten wollte, er wurde ohne Gnade und Barmherzigkeit niedergebrellt. (Hört, hört!) Zweifelst ihr jetzt noch daran, daß wir es mit der Elite der Arbeiterchaft zu tun haben? (Zurufe: Nein!) In Bremen weiterte sich die Ortsverwaltung, abstimmen zu lassen, sie hatte, weil es keine Mitgliederversammlung, sondern eine allgemeine Werftarbeiterversammlung war, keine Stimmgeldder vorbereitet, denn sie war offenbar der Meinung, daß die Mitglieder der einzelnen Verbände unter sich die Abstimmung vorzunehmen haben. Man stimmte dann einfach ohne Stimmgeldder ab, die Ortsverwaltung Bremen hat natürlich den Fehler nachher korrigiert und am nächsten Tage eine Abstimmung vornehmen lassen. (Widerspruch.) Dann bin ich falsch unterrichtet. (Zuruf: Die Kollegen haben das selbst gemacht! Heiterkeit.) So, die Kollegen haben selbst unter sich abgestimmt? Das dann natürlich kein anderes Resultat zustande kam, darüber brauchen wir uns ja nicht zu unterhalten.

So sieht die Bewegung aus und so stellt sich das Verhalten der Kollegen gegen unser Statut, gegen unsere gewerkschaftlichen Grundzüge dar. Die geheime Abstimmung in unserm Verband ist nicht durch Zufall in das Statut hineingekommen. Man regt sich ja so sehr darüber auf, daß der Vorstand eine so kolossale Macht repräsentiert, daß er über Krieg oder Frieden entscheidet. Ist denn das so? Der Vorstand bestimmt, aber er bestimmt nicht allein. Wäre der Vorstand so, wie er nicht sein soll, würde er Anschauungen huldigen, wie verschiedene Kollegen auf den Werften, würde er auf dem Standpunkt stehen, drauf und dran, so wäre er auch dann nach dem Statut nicht berechtigt, einen Streik zu inszenieren, er braucht dazu die Zustimmung der Mitglieder. Der Vorstand kann einen Streik genehmigen, er kann ihn aber nicht durchführen, sobald die Mehrzahl der Mitglieder dagegen ist, und auch derartige Fälle sind denkbar. Die Mitglieder sollen bestimmen und nicht der Vorstand allein. Der Vorstand erklärt auf Grund seiner Erfahrungen: Diese Verbenden haben wir, diese nicht. Wir können losschlagen; wenn ihr einig seid, machen wir es! Aber wenn die Mitglieder größere Bedenken haben, wenn ihnen die Situation nicht so glänzend erscheint, dann kann der Vorstand die Bewegung nicht durchführen. Wir haben auch schon Bewegungen gehabt, die der Vorstand durchzuführen wollte, die er aber nicht durchführen konnte, weil die Kollegen größere Bedenken hatten. Also diese Formalien sind keine Formalien, sondern es sind Garantien der Rechtssicherheit im Verband, und der Vorstand ist verpflichtet, darauf zu drängen, daß diese Garantien nicht verletzt werden. (Sehr richtig!) Gerade die, die das Wort Demokratie im Munde führen, treten die Demokratie mit Füßen. Ist es etwa demokratisch, wenn eine Handvoll Männer, wenn ein paar tausend

Mitglieder über den Gesamtverband bestimmen können? Nein, ohne Rücksicht auf den Interessen des Gesamtverbandes ist die Bewegung eingeleitet, und nicht dort ist demokratisch gehandelt worden, sondern der Vorstand hat demokratisch gehandelt, indem er sagte, das allgemeine Interesse geht über das Interesse der einzelnen Gruppen. (Sehr wahr!) Das ist die Stellung des Vorstandes, die Stellung, die jeder einnehmen muß auf Grund der Verfassung unserer Organisation, die doch die Aufgabe hat, Kämpfe planmäßig zu führen.

Ja, sagen die Kollegen in Stettin, bei uns liegt es anders, wir haben den Verhandlungsweeg erschöpft, wir sind aus den Werften herausgegangen, nachdem der Verhandlungsweeg erschöpft und nichts mehr zu holen war. Wir haben ordnungsgemäß abgeklärt und es ist ein großes Unrecht, daß der Vorstand das nicht einsehen will. Ich bin auch heute noch der Meinung, daß die Stettiner nicht richtig gehandelt haben. Die Mieter sind herausgegangen, ehe die Verhandlungen erschöpft waren, man war darüber einig, daß man am 17. Juli nochmals verhandeln wollte, und am 16. Juli sind bereits die Mieter herausgegangen. Aber auch nachher ist nicht richtig gehandelt worden auf Grund der Erklärungen, die unsere Unterhändler in der Verhandlung vom 17. Juli abgegeben haben. Nach dem mir vorliegenden Protokoll, das von dem Sekretär des Industrieverbandes verfaßt und von unserem Kollegen Junger gegengezeichnet ist, haben die Arbeitervertreter am Schluß folgende Erklärung abgegeben: „Die Arbeitervertreter haben bei der heutigen Verhandlung eine ganz andere Situation vorgefunden, als sie erwartet hatten. Sie hatten geglaubt, bestimmte Erklärungen über weitere Zugeständnisse der Arbeiter zu erhalten. Sie müssen daher die neugeschaffene Lage zunächst ihren Mandatgebern unterbreiten. Eine sofortige Fortsetzung der Beratungen halten sie für fruchtlos, nachdem sich gezeigt hat, daß ein Ergebnis, welches über die am 11. dieses Monats gemachten Zugeständnisse hinausgeht, in der heutigen Sitzung nicht zu erwarten ist. Nach erfolgter Beschlußfassung durch ihre Mandatgeber werden dem Bezirksverband Stettin entweder schriftlich neue reduzierte Forderungen oder eine Mitteilung über die beschlossenen anderen Maßnahmen gegeben.“ Was sagt diese Erklärung? Sie sagt, wir werden uns mit unseren Mandatgebern nochmals über die ganze Situation unterhalten, wir werden versuchen, ob wir zu reduzierten Forderungen kommen, kurzum wir werden sachlich prüfen, ob wir zu einem größeren Entgegenkommen gegen die Unternehmer bereit sind oder nicht. Ich frage die Kollegen von Stettin, wie hat denn die Unternehmung stattgefunden? (Zurufe: In zwei Sitzungen!) Und wie sind die Unternehmer unterrichtet worden? (Einfach durch die Taktische: man ist herausgelaufen! Das ist keine Art. Nach dieser Erklärung waren die Kollegen verpflichtet, den Unternehmern eine entsprechende Antwort zu geben. Die Unternehmer haben sich aber nach demselben Protokoll bereit erklärt, wenn reduzierte Forderungen eingehend, sich darüber zu unterhalten. Es heißt in dem Protokoll weiter: „Auf Anfrage des Herrn Grobe, was eventuell eine neue Beratung innerhalb des Bezirksverbandes Stettin stattfinden könnte, erwidert der Herr Vorsitzende, daß dies nach Eingang etwaiger neuer Forderungen sobald als irgend möglich geschehen würde.“ Das ist eine glatte Falschheit: Wir betrachten die Verhandlungen nicht als abgebrochen, sondern sind zu weiteren Verhandlungen bereit. Aber unsere Kollegen haben die Verhandlungen abgebrochen! Das ist vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus ein großer Fehler. Nach meiner Meinung sind wir in einer solchen Situation verpflichtet, dem Gegner die Verantwortung zuzuschreiben, wenn es zum Konflikt kommt. (Sehr richtig!) Das ist die alte Taktik, die wir immer beobachtet haben, und von der wir keine Veranlassung haben abzuweichen, weil sie sich durchaus bewährt hat. (Zuruf: Wie ist es in Bremerhaven?)

In Bremerhaven liegt die Sache etwas anders. Nach den uns zugegangenen Berichten waren bis zum Zeitpunkt der Erklärung der Verbände von unsern Mitgliedern ungefähr 20000 heraus. In Bremerhaven, Einswarden und Osterholz-Scharmbeck standen die Kollegen Gewehr bei Fuß. In der Aussprache, die wir am Sonntag hatten, erklärten uns die Kollegen: Es ist doch eigentlich nicht richtig, daß wir jetzt darunter leiden sollen, weil die Hamburger und verschiedene andere ohne Rücksicht auf das Statut und auf die gewerkschaftliche Taktik aus der Reihe tanzten, sie legten uns die Frage vor: wenn wir jetzt versuchen, mit den Unternehmern zu verhandeln, wenn wir jetzt versuchen, auf dem Verhandlungswege ertlich noch etwas herauszuholen, und die Sache scheitert, wollen wir dann unseren Kollegen, die ja selbstverständlich durch die Stimmung auf den Werften im allgemeinen stark beeinflusst werden, die Möglichkeit nehmen, ihre Solidarität zu zeigen? Ich empfahl den Kollegen, alles einzusehen, um die Ruhe in diesen Orten zu wahren, damit der Fehler, der durch das wilde Hinauslaufen gemacht war, wieder korrigiert würde. Ich hielt es für einen Nachteil, Forderungen an den einzelnen Orten mit der allgemeinen Bewegung jetzt zu verquicken. Ich erklärte mich aber bereit, den Wunsch der Kollegen nochmals einer Sitzung der Verbände und der Zentralvermittlung vorzulegen. Der Beschluß der Verbände und der Zentralvermittlung ging dahin, man müsse versuchen zu verhandeln. Es wurde eine Unterkommision von den Verbänden bestimmt, die sich sofort mit den Unternehmern in Verbindung setzte, verhandelte mit den Unternehmern gleich klarlegte, welche Folgen eine Weigerung zu Verhandlungen für sie bei der nun einmal tatsächlich vorhandenen Stimmung auf den Werften haben könnte. Die Verbände haben gesagt, wenn die Verhandlungen hier scheitern, wenn unsere Kollegen in den Ortsverwaltungen, unsere Funktionäre in den einzelnen Werftorten es beim besten Willen nicht fertig bringen, gegen diese Stimmung anzukämpfen, dann sind wir bereit, den Kollegen, falls sie sonst ordnungsgemäß nach dem Statut abstimmen, die Unterstützung zu zahlen. Das beweist, daß der Vorstand nicht aus Eigenwillen oder Herrschaftsgelüsten heraus seine Stellung eingenommen hat, sondern daß er bereit war, die Verhältnisse von Fall zu Fall zu prüfen und entgegenzukommen. Aber es gibt auch hier eine Grenze, über die der Vorstand nicht hinweg kann, diese Grenze ist gegeben durch unser Statut, durch unsere gewerkschaftliche Erfahrung und unsere gewerkschaftlichen Gepflogenheiten. (Zuruf: In Begeck war es auch so!) Nein, da war die Situation schon geschaffen.

Nun sagt man, den Kollegen, die in der Erbitterung gehandelt haben, muß man Sympathie entgegenbringen, auch wenn schließlich einmal ein Tarifvertrag dadurch über den Haufen gerannt wird. Zunächst haben wir ja auf den Werften keine Tarifverträge. Aber eines möchte ich feststellen. Eine derartige Lage Auffassung über Verträge darf sich eine Organisationsleitung nicht zuzuschreiben lassen. (Sehr richtig!) Wenn wir erklären, wir müssen ein solches Verhalten billigen, selbst wenn ein Tarifvertrag dabei zugrunde geht, so geben wir dadurch den Unternehmern auch das Recht, Verträge zu brechen. Damit erklären wir den Arbeitsvertrag für vogelfrei. (Zustimmung. Zuruf: Die Unternehmer machen das alle Tage!) Das tadeln wir alle Tage und enträften uns darüber. 22 Jahre kämpfen wir um die Anerkennung der Organisation; wir verlangen anerkannt zu werden als Vertretung der Interessen der organisierten Arbeiterchaft, wir haben schon Kämpfe darum geführt. Ich habe die Kollegen gewarnt, deshalb zu kämpfen, ich habe immer gesagt, mit dem Erlernen der Organisation wird nach und nach die Anerkennung zunehmen und uns als reife Frucht in den Schoß fallen. Das haben wir hier und da erreicht. Als im Jahre 1910 offiziell der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller mit uns verhandelte, waren nicht nur wir Metallarbeiter, sondern die ganze Gewerkschaftswelt und weit darüber hinaus die Arbeiterchaft erfreut darüber, daß es uns gelungen ist, die Unternehmer zu Unterhandlungen zu bewegen. Ein großer moralischer Erfolg war erzielt worden, und die Kollegen von Hamburg werden es mir bestätigen, daß es diesem moralischen Erfolg mit zu danken war, daß mir damals solche Schritte machen konnten. Man hat sich gesagt, wir haben zwar nicht genug bekommen, aber schon der moralische Erfolg, daß der Gesamtverband mit uns verhandeln mußte, hat dazu beigetragen, daß wir verhältnismäßig leicht die Majorität bekamen, die für die Beendigung des Streiks erforderlich war. Das ist allgemein anerkannt. Wir haben dadurch unsere Macht dokumentiert, und das konnten wir, weil damals, wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf, Masse und Führer vollständig einmütig zueinander gefunden sind. Jetzt hat die Zeitung

der Organisation auf Grund der ihr durch Statut und durch die Generalversammlungsbeschlüsse gegebenen Vollmachten, und gestützt auf die Macht der Organisation es zu Verhandlungen kommen lassen wollen, und in dem Moment, wo die Unternehmer kaum im Besitz unserer Schreien sind, da verläßt die Masse die Führer und bringt der ganzen Welt das gerabezu betrübende Schauspiel, daß wir keinen Einfluß auf unsere Kollegen haben. Die Generalversammlung mag beschließen, wie sie will, sie wird beschließen müssen im Interesse der Organisation (Sehr richtig!), die moralische Schluppe aber, die wir erlitten haben, wird auch der beste Beschluß der Generalversammlung nicht wieder auszugleichen imstande sein. (Lebhafte Zustimmung.)

Sie haben zu entscheiden. Sie haben zu erklären, nicht nur, ob der Vorstand korrekt gehandelt hat, ob er berechtigt war, so zu handeln, sondern Sie haben die Frage zu beantworten: War der Vorstand verpflichtet, so zu handeln? (Sehr gut!) Sie haben die Frage zu beantworten, unbekümmert um Stimmungen. Stimmungen sind gemacht worden, aber nicht vom Vorstand, der Vorstand darf sich in Anspruch nehmen, daß er durchaus loyal gehandelt hat, er hat es vernommen, irgendwie einseitig zu berichten, er hat sich auf seine Erklärungen beschränkt und im übrigen die Generalversammlung einberufen und an die Vertreter der Mitgliedschaften appelliert: Soll es weitergehen wie bisher, sollen wir ruhig zusehen, wie nach und nach unsere mühsam aufgebaute Organisation Stück für Stück abgerodet wird oder sollen wir nicht lieber den Kaiser schnitt machen? Der Vorstand hat nicht nötig gehabt, Stimmungen zu machen, aber von anderer Seite ist das gesehen und nicht etwa nur in der Zeitung. Eine Kommission von Kollegen aus Bremen kam nach Stuttgart und wünschte, daß der Vorstand, um seine eigenen Beschlüsse zu durchsetzen, den Bremern ein Darlehen geben möge, damit sie aus der Vorkasse Unterstützung zahlen können. (Gibt, hört!) Ein Kollege dieser Kommission hat dann auf der Rückreise in Frankfurt eine Stimmung erzeugt, die nicht zu einer objektiven Beurteilung beitragen kann. Sollen wir solche Erscheinungen dulden? Sollen wir es uns gefallen lassen, daß man uns nach einer gewissen Methode — der Ausdruck ist schärft — die man sonst bei Leuten gemohnt ist, die mit dem Revolver herumgehen — sollen wir es uns gefallen lassen, daß man uns nach der Methode „Selb oder Leben“ vor eine Situation stellt? Nein, der Vorstand steht auf dem Standpunkt, daß er als Organisationsleitung verpflichtet ist, dafür zu sorgen, daß die Organisation sich in Ordnung entwickelt, daß unsere Kämpfe nach einem bestimmten Programm, nach gewerkschaftlichen Grundrissen geführt werden und daß es nicht drunter und drüber gehen darf. Der Vorstand ist der Meinung, daß die Generalversammlung nur ein Votum abgeben darf und dies Votum muß dahin lauten: Im Interesse des Verbandes war der Vorstand verpflichtet, so zu handeln, wie er gehandelt hat. Das ist die Frage, die hier vorliegt und von Ihrer Objektivität, von Ihrem Verantwortlichkeitsgefühl im Interesse der gesamten Gewerkschaftsentwicklung erwarten wir, daß Sie sich hinter den Vorstand stellen und den Kampf aufnehmen gegen diejenigen, die sich nicht dessen Unordnungen, nicht dem Verbandstatut, nicht den Verbandsgepflogenheiten fügen wollen. Ich erwarte, daß die Generalversammlung genau und objektiv prüft und ich hoffe, daß sie zu einem Beschluß kommt, der im Interesse der Organisation liegt. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender Cohen: Ich hatte die Absicht, bevor Schlicke sein Referat begann, die Generalversammlung zu fragen, ob wir öffentlich verhandeln wollen. Aber Schlicke hat davon abgeraten. Nachdem wir nun den einen Teil öffentlich gehört haben, müssen wir auch den anderen öffentlich hören. Sollte es sich notwendig machen, Dinge zur Sprache zu bringen, die im Interesse unserer Bewegung nicht zur Kenntnis der Gegner kommen sollen, dann sind wir ja immer noch in der Lage, die Öffentlichkeit auszuschließen. (Zustimmung.)

Schluss 1/4 Uhr.
Nachmittags-Sitzung.

Zunächst wird beschlossen, vor Eintritt in die allgemeine Diskussion je einem Vertreter der beteiligten Orte mit unbeschränkter Redezeit das Wort zu geben.

Dittmann (Hamburg): Man kann uns nicht dafür verantwortlich machen, was einzelne tun. Von den Kollegen, die länger der Organisation angehören, kann man sagen, daß sie der Elite der Arbeiterbewegung angehören. Es gibt zu denken, wenn man sieht, daß nach Hamburg ein Ort von den andern in den Streit getreten ist. Da muß man nach den Ursachen suchen. Schlicke hat nicht von der Erbitterung gesprochen, die seit Jahren bei den Werftarbeitern herrscht. Diese Erbitterung rührt daher, daß das, was früher herausgeholt wurde, von den Unternehmern nicht eingehalten worden ist. Da kann man das Vorgehen der Kollegen — wenn man es auch nicht billigt — doch verstehen. Die Arbeitslöhne wurden herabgesetzt, die Arbeitszeit künstlich verlängert. Aus diesem Umstande heraus ist es erklärlich, wenn die Kollegen nun verlangen, zu ihrem Rechte zu kommen. Im Vorjahr war die Situation günstig, da wollten die Vorstände nicht. (Zuruf: Sie konnten nicht!) In diesem Jahre ist die schönste Hochkonjunktur, da sollte man in den Kampf getreten werden. Dittmann schließt mit der Verhandlung auf der Konferenz der Werftarbeiter, wo sie erklärt hätten, daß sie der Überzeugung wären, durch Verhandlungen werde nichts mehr erreicht. Als die Arbeiter aus dem Betrieb gegangen sind, war es uns nicht möglich, sie wieder hinzubringen. Ich befreite, daß wir die Vorstände durch die Niederlegung der Arbeit zwingen wollten, den Streit zu beenden. Wir haben keine Veranlassung, das zu beschönigen, was die Kollegen taten. Wir sind jeder der Meinung, daß es ein schwerer Fehler war, man muß aber ihr Vorgehen nach all den Schwierigkeiten durch die Unternehmer verstehen. Wir müssen uns mit der Tatsache abfinden. Wir müssen damit rechnen, daß, wenn die Generalversammlung den Streit nicht billigt, die Organisation an der Wasserfronte zerfällt. Geben Sie dem Vorgehen der Kollegen Ihre Zustimmung. Schweiß, der Vorstand hat einen harten Stand. Darum verlangen wir die außerordentliche Generalversammlung. Die Vorstände hätten besser ihre Erklärung nicht erlassen, sie geben damit die Bewegung beeinträchtigt. (Sehr richtig!) Die Situation ist aber nicht so schlecht, wie es hingestellt wird. Wir haben ja damit zu rechnen, wenn die Bewegung weitergeht, eine Abschwächung vorzunehmen wird. (Sehr richtig!) Ja, diese Gefahr bestand aber schon vorher. Sie darf nicht der Grund sein, die Bewegung nicht zu unterstützen. Sie können das Vorgehen der Werftarbeiter beurteilen, ich möchte Sie aber bitten, die Bewilligung zu geben, daß die Bewegung weitergeführt werden kann.

Garbe (Stiel) meint, die Vorstandsliste in Hamburg zeigle, daß die dortigen Verhältnisse nicht gerade wären. Wenn man bedenkt, daß die Verhältnisse in den Werften sehr schlechte seien, dann man verstehen, daß die anderen Orte Hamburg gefolgt wären. Die Hamburger Kollegen hätten mit der Arbeitsniederlegung eine Drohmacht gewahrt, aber eine noch größere Gefahr sei die Erklärung der Vorstände. (Sehr richtig!) Wir müssen ihnen, einen vernünftigen Ausweg zu suchen. Da der Vorstand die Generalversammlung einberufen hat, um in dieser Frage eine Entscheidung zu treffen, hätte der Vorstand die Pflicht gehabt, die Kollegen solange über Bunde zu halten. (Sehr richtig!)

Funger (Stettin) wendet sich gegen die Behauptung Schlicke, daß die Werftarbeiter nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch gegen ihre Gehege kämpfen. Die Schwächen auf den Werften seien außerordentlich groß, so daß die Organisationsarbeit außerordentlich schwierig sei. Wenn die Forderungen der Werftarbeiter zu hoch gewesen wären, dann hätten die Vorstände folgen müssen. Wenn diese nicht waren. Auch die Zentralvermittlung hätte aufgeben müssen. Die Arbeitsverhältnisse seien auf den Werften schlechter, die Arbeiter bekämen oft erst nach fünf Wochen Gehalt. Diese Verhältnisse seien die Quelle der Erbitterung. Die Arbeiter, die die Unternehmer bei den Verhandlungen vorgegangen seien, hätte gesagt, daß sie nicht bewilligen und es zum Kampfe lassen wollten. Die vorzeitige Arbeitsniederlegung der Stettiner Werft hätte die Verhandlungen mit den Unternehmern beeinträchtigt. Bei der allgemeinen Arbeitsniederlegung

in Stettin sei korrekt vorgegangen worden. Was hätten sie anders nach dreitägiger Verhandlung tun müssen? Bezüglich Stettins müsse sich die Generalversammlung von einer gewissen Rücksicht leiten lassen, die Dinge etwas anders beurteilen als bei G. Hurr. Für Bremer haben und Einwarden hat der Vorstand die Bewegung bewilligt, warum nicht auch für Stettin? Die Stettiner Kollegen hätten sich ebenso wie die Bremerhändler von Solidaritätsrückichten leiten lassen. Wenn man sich klar gewesen sei, daß bei den Verhandlungen nichts mehr herauskomme, hätten die Vorstände die Mitglieder beim Streit nicht verlassen dürfen. Redner glaubt, daß die Vorstände von vornherein einen Kampf nicht wollten. Man könne den Kollegen jetzt nicht beibringen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Man müsse nun einen Weg suchen, aus dieser verzwickten Situation herauszukommen. Die Entscheidung sei sicherlich schwer. Die Hamburger hätten statutenwidrig gehandelt. Für einzelne Orte sei noch etwas herauszuholen, wenn die Kollegen unterstellt würden. Redner bittet, über die Stettiner Bewegung besonders abzustimmen; er sei der Überzeugung, daß die Generalversammlung den Stettinern die Unterstützung nicht versagen könne.

Funger (Wegefac) weist darauf hin, daß Schlicke die Zugeständnisse der Unternehmer selbst als unannehmbar erklärt habe. Schlicke habe in der Konferenz gesagt, er sei der Überzeugung, daß bei dem letzten Schritt, das Schreiben der Vorstände an die Unternehmer, auf das bis zum 17. Juli geantwortet werden sollte, nichts herauskomme. Das müsse man beachten. Die Erklärung der Vorstände habe nicht im Interesse der Bewegung gelegen. Wenn die Generalversammlung die Bewegung in Wegefac nicht bewillige, wäre die dortige Zahlstelle verloren.

Kempfen (Bremerhaven): Es kann konstatiert werden, daß die Haltung des Vorstandes eine verfehlte war. Dasselbe trifft auf die Ausführungen der übrigen Redner zu. Wir müssen einen Weg suchen, auf dem sich alle finden können. Es ist ein Fehler, daß nur alle Orte versuchen, für sich etwas herauszuschlagen. (Sehr richtig!) Schlicke sagte, die Forderungen seien zu hoch gewesen, er habe aber doch selbst auf die Anregung der Hamburger hin auf der Konferenz erklärt, gut, fordern wir ansatz 7 3/4 Lohnherhöhung. Man verurteilt die Hamburger Kollegen ganz allgemein. Aber wenn man bedenkt, wie sie behandelt wurden, so kann man wohl begreifen, daß sie so impulsiv vorgingen und einen taktischen Fehler begingen. Daß durch Verhandlungen von den Unternehmern nichts mehr zu erlangen ist, steht fest und deshalb hätte auch der Vorstand anders vorgehen und die Genehmigung zur Bewegung geben sollen. Aufschneiden verurteile ich die Erklärung der Vorstände, vor allem, daß darin gesagt ist, die Bewegung sei bereits auf dem toten Punkt angelangt. Wenn das die Überzeugung des Vorstandes ist, dürfte auch uns in Bremerhaven die Genehmigung nicht gegeben werden. Wenn jetzt zum Beispiel die Hamburger in die Werften hinein wollen, werden die Unternehmer sagen, das geht nicht, entweder müssen alle wieder hinein, oder wir lassen auch die Hamburger nicht hinein. Wir aber haben doch die Bewilligung des Vorstandes. So geht es also nicht. Wir müssen einen Mittelweg finden, damit es weder Sieger noch Besiegte gibt. Die Generalversammlung muß erklären, daß der Vorstand zunächst zwar korrekt gehandelt hat, aber im Verlauf der Bewegung hätte eine andere Taktik platzgreifen sollen. Schlicke sagte, die Massen und die Führer haben sich leider getrennt. Jawohl, aber nicht nur an der Wasserfronte, sondern auch im Binnenlande, das beweist der Umstand, daß manche Delegierte, die sonst immer erscheinen, nicht gewählt sind. Dadurch, daß uns in Bremerhaven die Genehmigung zum Streifen gegeben ist, ist bewiesen, daß die Bewegung durchführbar ist; wird also die Genehmigung auch den anderen erteilt, dann steht es durchaus noch nicht fest, daß wir nicht erreichen werden, sondern mit Erfolg werden wir dann den Kampf durchführen. (Zeitweiser Beifall.)

Von Köhler (Dresden) und mehreren anderen Delegierten ist folgende Resolution eingegangen:

„Die Generalversammlung erklärt nach Anhörung der zum Konflikt anlässlich der Werftarbeiterbewegung gemachten Darlegungen: Der Vorstand war, entsprechend dem im Statut unseres Verbandes enthaltenen Bestimmungen, als auch entsprechend der auf verschiedenen Generalversammlungen gefassten Taktikmaßnahmen verpflichtet, den auf den Schiffswerften in Hamburg, Stettin, Kiel, Wegefac und Bremen ausgebrochenen Streik die Anerkennung zu verweigern.“

Brecher (Hamburg) wendet sich gegen die Resolution; die Werftarbeiter würden dann das Vertrauen zur Organisation verlieren und 20jährige Arbeit wäre umsonst geleistet. Man sollte den Streik jetzt noch nachträglich anerkennen und die Unterstützung nachträglich den Leuten auswaschen.

Schöneder (Bremen) sucht das Verhalten der Bremer Kollegen zu rechtfertigen. Schlicke's Bemerkungen seien eine Rechtfertigung nach zwei Seiten zu sein, sowohl vor uns, als auch vor den Unternehmern. Vor uns wird es ihm wohl glücken, wie die eingeleitete Resolution zeigt, die wir eigentlich nicht annehmen sollten.

Schulz (Hamburg), Vertreter der Zentralvermittlung: Ich muß zugeben, daß unsere Forderungen hoch gespannt waren; aber ich meine, daß mit dem Schreiben, das uns von den Unternehmern am 10. Juli, dem letzten Verhandlungstage, mitgegeben wurde, noch nicht alle Mittel erschöpft waren. Die Unternehmer hätten wohl noch weiter verhandelt und deshalb haben die Vorstände das Schreiben an die Unternehmer gerichtet, ob sie zu Verhandlungen über eine zeitgemäße Regelung der Arbeitsverhältnisse auf den Werften bereit sind. Die Verhandlungskommission erklärte sich mit diesem Vorgehen der Vorstände einverstanden. Bemängelt wurde, daß wir die Parteipresse nicht unterrichtet hätten. Wir haben das freilich getan, die Parteipresse hat aber dazwischen noch falsche Mitteilungen aus Wolffe's Telegraphenbureau ebenso gebracht wie die bürgerliche Presse. Der Redner geht dann auf den Verlauf der Arbeitsniederlegung in Hamburg ein, den er im allgemeinen ebenso scharf, wie Schlicke es getan hat. Dadurch ist die Bewegung auf einen Punkt geschoben, daß der Vorstand sie nicht weiter führen kann; das ist nur möglich, wenn die Mitglieder einig sind mit dem Vorstand. — Der Redner schließt dann die Vorgänge in Wegefac, Bremerhaven und Einwarden. Bei einer so weit verzweigten Bewegung muß Disziplin herrschen, sonst ist eine solche Bewegung gar nicht durchzuführen. Das muß den Kollegen klargemacht werden. Was soll jetzt geschehen? das ist die Frage. Die Sache ist so verfahren, daß mit einer Weiterführung der Bewegung nichts zu erreichen ist, deshalb sollten wir Schluss damit machen. Natürlich kann dann die Bewegung auch nicht in Bremerhaven allein weitergeführt werden.

Dann schließt die Diskussion für den ersten Verhandlungstag. In einer persönlichen Bemerkung weist Schlicke zurück, daß er gesagt habe, die Forderungen der Werftarbeiter seien exorbitant hoch. Das sei eine Entwertung der Unternehmer gewesen, die er berichtet habe.

Buze (Stiel) beantragt, damit volle Klarheit geschaffen werde, solle morgen der Vorstand in geschlossener Sitzung über den Stand der Streibewegung berichten.

Dieser Antrag wird angenommen und dann die Verhandlung um 8 Uhr auf morgen vertagt.

Zweiter Tag.

Der Vorsitzende Cohen: — Die Sitzung ist eine geschlossene. Schlicke berichtet über den gegenwärtigen Stand auf den Werften. Nach den vorliegenden Zahlen könne er mitteilen, daß von 5014 Beschäftigten 3920 sich im Streik befinden. — Die Mitglieder unseres Verbandes sind. Der Redner geht dann nochmals einseitig auf die ganze Situation ein, die durch die vorzeitige Arbeitsniederlegung geschaffen wurde. Es sei anzuschließen, daß wir, nachdem der Streik in dieser Weise geführt worden ist, zu Verhandlungen kommen. Die Erfahrung lehrt, daß die Werftarbeiter, wenn sie sich einmal festgelegt haben, nicht leicht davon abgehen, schon nicht mit Rücksicht auf ihre Stellung im Gesamtverband der Metallindustrie. Wie die Dinge heute liegen, dürfte die Generalversammlung sich nicht darauf einlassen, den wilden ungenierten Streik die Zustimmung zu geben. Sie ist dazu berufen, aufzuma-

Verband die innere Festigkeit zu erhalten. Auf Grund des Statuts und der Beschlüsse früherer Generalversammlungen konnte der Vorstand nicht anders handeln. Diese Streiks anerkennen, bedeute das Ende unserer Organisation. Wir dürfen uns nicht auf die abschüssige Bahn begeben, hier eine Ausnahme zu machen. Die gefirten Redner hätten nur an das Gefühl appelliert. Aber keine Generalversammlung habe sich bis jetzt darum bekümmert, wenn 20 oder 100 Mitglieder in gleicher Weise herausgetanzt seien und der Vorstand erklärt hätte, sie müßten wieder hineingehen. Nun solle das Statut, unser eigenes Gesetz gebogen werden. Was dem einen recht, ist dem andern billig. Sonst komme man auf den Standpunkt, den man bei der bürgerlichen Gesellschaft immer verdonnere, daß man den großen mächtigen Ungelagten freispreche und die kleinen Diebe hänge. Es bleibe jetzt nur eines zu tun übrig: die Kollegen der Werften aufzufordern, ihren in Überreizung und Erregung getanen Schritt rückgängig zu machen. Der Kollege Dittmann habe uns ja auch versichert, daß in Hamburg 6680 Kollegen für den Streik und 120 dagegen gestimmt haben. Nach dem vorliegenden Bericht sind 8452 Mitglieder am Streik beteiligt, die 6680 sind also keine Dreiviertelmehrheit. — Schlicke appelliert zum Schluss nochmals an die Generalversammlung, den Streik nicht anzuerkennen, sonst gebe es kein Halten mehr, der ersten Ausnahme würde die zweite u. s. w. folgen.

Es folgte darauf eine eingehende und lebhaft diskutierte Sitzung. Einige Vertreter der Werftarbeiter verteidigten deren Vorgehen. Auch ein Teil der Redner aus dem Binnenlande trat für Anerkennung des Streiks und Unterstützung ein, trotzdem sie zugeben mußten, daß die Streiks statutenwidrig erfolgt seien. Sie wollten mit ihrer Zustimmung keinen Präzedenzfall schaffen. Andere Redner traten dieser Anschauung in schärferer Weise entgegen. Wozu hätten wir denn ein Statut, und wer anders habe es denn beschloffen als die Mitglieder selbst? Solche Verstöße wie durch diese Streiks führten zur Zentralisation. Wenn nun gesagt werde, der Vorstand habe nach dem Statut gehandelt, dann stellen wir uns auf den Kopf, wenn wir im nächsten Augenblick beschließen, das Gegenteil zu tun, indem wir die Streiks anerkennen. Das bleibe, wenn man auch das Gegenteil behauptet, ein Präzedenzfall. Andere würden sich mit Recht darauf berufen. Wenn man sage, der Vorstand habe korrekt gehandelt, so dürfe die Generalversammlung, die höchste Instanz des Verbandes, keine inkorrekte Stellung einnehmen. Wenn man die Streiks weiterführe, wer solle sie eventuell beenden, wer dann das entscheidende Wort sprechen? Das müßte jetzt die Generalversammlung sprechen, zu diesem Zwecke sei sie einberufen worden. Die Entscheidung der Generalversammlung habe nicht nur Bedeutung für unsern Verband, sondern für alle Gewerkschaften Deutschlands. Durch einen falschen Beschluß würden auch sie herab und in ihrer Aktionsfähigkeit und Schlagkraft auf Jahrzehnte hinaus beeinträchtigt. Die Wirkungen würden sich sogar im Ausland geltend machen. Durch 20jährige mühevollen Organisationsarbeit habe sich die Mehrzahl der Kollegen an ein geordnetes Vorgehen in wirtschaftlichen Kämpfen gewöhnt, diese Erziehungsarbeit würde man durch Willkür dieser Streiks aufs Spiel setzen, denn böse Beispiele verderben gute Sitten. Die Kollegen anderer Orte und Bezirke hätten schon gar oft wegen den Bewegungen an der Wasserfronte Gemehr bei Fuß stehen und ihre Bewegungen zurückstellen müssen, obwohl ihre Verhältnisse ebenso einer Verbesserung bedürften wie die der Werftarbeiter.

In seinem Schlusswort widerlegte Schlicke die wiederholt gegen den Vorstand erhobenen Vorwürfe. Er zeigte, daß er nicht anders handeln konnte, handeln durfte. Über die Vorgänge selbst sei mehr als genug geredet worden. Es sei jetzt nur die Frage zu beantworten: Was nun? Von einer Anerkennung des Streiks könne keine Rede sein. Von keinem der Redner sei bestritten worden, daß hier ein grober Fehler, ein Verstoß gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze und die eigenen Gesetze begangen wurde. Das müsse wieder gutgemacht werden. Die Generalversammlung muß den Kollegen der Werft aufgeben, die Arbeit aufzunehmen. Wenn die Generalversammlung dann unter diesen Voraussetzungen beschließt, den Kollegen in Aussicht zu stellen, ihnen bei Befolgung dieser Vorschriften durch nachträgliche Unterstützung entgegenzukommen, so wolle er nicht dagegen sprechen. Aber die Generalversammlung dürfe nicht auf halbem Wege stehen bleiben, nicht dem Vorlande recht geben und zugleich die Streiks anerkennen. Es dürfe kein Präzedenzfall geschaffen werden. Das sei die einzige Möglichkeit, um aus dem Dilemma im Interesse des Gesamtverbandes herauszukommen.

Es waren im Laufe der Verhandlungen fünf Resolutionen eingegangen. Drei davon wurden vor der Abstimmung zurückgezogen. Bevor zur Abstimmung über die anderen zwei geschritten wurde, kam die Frage zur Erörterung, welche Mehrheit bei den Abstimmungen zu gelten habe. Gegen eine starke Minderheit wurde ausgesprochen, daß der eventuelle Beschluß keine Statutenänderung bedeute, so daß einfache Mehrheit zur Gültigkeit genüge. Es folgte die namentliche Abstimmung über die Resolutionen. Die Resolution Dittmann und Genossen lautet:

„Die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat von den Vorgängen, die zur Arbeitsniederlegung auf den meisten deutschen Schiffswerften führten, Kenntnis genommen.“

Nach reiflicher Erwägung kam die Generalversammlung zu den folgenden Entscheidungen.

Die an einzelnen Werftorten ohne barberige Abstimmung erfolgten Arbeitsniederlegungen verstößen gegen das Statut. Nach dem Wortlaut des Statuts war daher der Vorstand im Recht, wenn er die nachträgliche Genehmigung zu diesen Arbeitsniederlegungen verweigerte. Andererseits muß jedoch anerkannt werden, daß durch die Maßnahmen der Unternehmer besondere, zwingende Verhältnisse vorlagen, und daß die der Arbeitseinstellung entgegenstehenden Gründe der Hauptsache formaler Natur waren.

Nach eingehender Prüfung der augenblicklichen Sachlage beschließt daher die Generalversammlung, den Streik auf den Schiffswerften durchzuführen und die durch den Streik entstehenden, sowie die in Zukunft etwa noch entstehenden Ausgaben gemäß § 16 des Statuts auf die Hauptkasse zu übernehmen.

Die Generalversammlung ist sich der Verantwortung, die sie durch diesen Beschluß auf sich nimmt, vollumfänglich bewußt. Sie glaubt jedoch zureichend, durch diese Entscheidung die Interessen und das Ansehen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes am besten gewahrt zu haben.“

Diese Resolution wurde mit 76 gegen 67 Stimmen abgelehnt. Die folgende Resolution Buze und Genossen wurde darauf mit 126 gegen 18 Stimmen angenommen:

„Die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erklärt nach den Ausführungen des Vorstandes und der Kollegen aus den Werftorten, in denen die Arbeit ohne Genehmigung des Vorstandes niedergelegt worden ist, daß dieses Vorgehen nicht in Einklang zu bringen sei mit den Grundsätzen gewerkschaftlicher Taktik und Disziplin.“

Sie verurteilt das Vorgehen dieser Kollegen auf das entschiedenste, da es nicht geeignet erscheint, die Stöckkraft des Verbandes gegenüber dem einzigen, geschlossenen Vorgehen des Unternehmertums in der Metallindustrie zu erhöhen.

Aus diesem Grunde ist die Generalversammlung der Meinung, daß der Vorstand nicht anders handeln konnte, wie er gehandelt hat, sogar so zu handeln verpflichtet war.

In richtiger Würdigung der ganzen Situation, in die der Verband durch das Vorgehen der Hamburger Kollegen gebracht worden ist, verlangt die Generalversammlung von den Werftarbeitern, den Kampf zu beenden.

Der Vorstand wird beauftragt, nach Aufnahme der Arbeit erneute Verhandlungen nachzusuchen und den Beteiligten vom Tage des Beginns des Streiks bis zur Wiederaufnahme der Arbeit Streikunterstützung zu zahlen, sowie auch diejenigen Kollegen zu unterstützen, die nicht sofort wieder eingestellt werden.“

Ein Berliner Delegierter wollte darauf für die Berliner Delegierten eine Erklärung abgeben, die für die erste und für die zweite Resolution gestimmt haben, wurde aber vom Vorsitzenden Cohen mit dem Hinweis unterbrochen, daß das nach der Abstimmung

um nicht falsche Gerüchte aufkommen zu lassen, sollen deshalb die nachstehenden Ausführungen dienen. Vorerst bemerke ich ja die Leipziger Delegierten und besonders den Kollegen Schilling von ihrer Weisheit, daß sie mich nur aus dem Verband ausschließen wollen und nicht noch eine härtere Strafe beantragt haben. Greifen kann ich allerdings nicht, daß die Leipziger noch päpstlich sein wollen als der Papst. Wenn jemand ein Recht hätte, einen solchen Antrag zu stellen, so wären es die Döbeline Kollegen. Diese haben es aber nicht getan, sondern der größte Teil der dortigen Kollegen war und ist mit meinem Vorgehen einverstanden. Allerdings muß gesagt werden, daß der Ausschußbericht trotz seiner „Ausschließlichkeit“ noch nicht ausschließlich genug ist, ja geradezu irreführend genannt werden muß. Hätte man in Breslau bei der Behandlung dieses Punktes nicht so schnell die Debatte geschlossen, so wäre wohl eine ganz andere Darstellung herausgelommen. Im Bericht des Ausschusses ist nur die Darstellung des Kollegen Reichenbach wiedergegeben, aber nicht das mitgeteilt worden, was von mir an den Ausschuß berichtet wurde. Daß der Beschwoerführer seinen Bericht an den Ausschuß für sich möglichst günstig gestaltet, steht doch ohne weiteres fest. Es heißt im Ausschußbericht, „Stabe habe die Leitung der Versammlung ohne weiteres an sich genommen. Das stimmt ebenfalls nicht. Die Prüfungskommission, die aus zehn Kollegen besteht, hatte mich beauftragt, die Versammlung zu leiten. Wenn es dann weiter heißt, daß ich den in der Versammlung gemachten Vorschlag, Reichenbach zu wählen, abgelehnt hätte, weil das unglücklich wäre, so trifft das wohl zu, beruht aber auf anderen Voraussetzungen. Die vorher abgehaltene Versammlung, die die Prüfungskommission wählte, hatte ausdrücklich beschlossen, daß der nächsten Versammlung drei Bewerber vorzuschlagen seien, von denen dann einer als Geschäftsführer gewählt werden sollte. Wenn es dann im Ausschußbericht weiter heißt, „der auf meine Erklärung folgende Krach gab mir Veranlassung, die Versammlung zu schließen“, so müßte man dann auch mitteilen, worin der Krach bestand. Es würde wohl jeder so wie ich gehandelt haben, wenn versucht wird, Verwaltungsmittel der fälschlich anzugreifen, ihnen Biergläser an den Kopf zu werfen u. s. w. Ob man das in Leipzig tut, weiß ich nicht und habe ich auch nicht zu entscheiden. Ich hielt mein Vorgehen aber im Interesse des Ansehens der Organisation für notwendig. Was nachdem geschehen ist, habe ich alles im Einverständnis der Bezirksleitung und des Vorstandes getan und es wäre auch ein anderer Ausweg im Interesse der Organisation gar nicht möglich gewesen. Daß nach der Debatte „Macht geht vor Recht“ gehandelt worden ist, dürfte wohl nicht zu beweisen sein. Ich bin aber infolge der falschen Darstellungen, die meiner Handlungsweise unterstellt werden, jederzeit bereit, mich den faktualischen Bestimmungen gemäß an geeigneter Stelle zu verantworten. B. Liebe.

Mainz-Gustavsburg. Seit Jahren bemühen sich die Arbeiter der Heddernheimer Kupferwerke, Filiale Gustavsburg, geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Betriebe zu schaffen. Leider bisher vergebens. Am 18. Juli reichten wir im Auftrag der Arbeiter des Werkes Forderungen an die Firma ein. Folgende wurden: Verkürzung der Arbeitszeit von 58 auf 56 Stunden, zeitgemäße Einstellungslöhne, Regelung der Nordarbeit und vor allem die Schaffung sanitärer Einrichtungen. Wiederholte Verhandlungen mit Arbeiterkommissionen führten zu keinem Resultat. Die Arbeiter aus dem Drahtzug, dem Walzwerk, der Seilerei und der Reparaturwerkstatt reichten daraufhin die Kündigung ein. Die Kollegen mit einjähriger Kündigung haben den Betrieb bereits verlassen, die mit 14tägiger folgen nach. Die Zustände im Werk sind äußerst traurig. Kein Arbeiter weiß am Ende der Woche, was er verdient hat. Wagt ein Arbeiter einmal ein Wort gegen den Meister zu sagen, so kann es vorkommen, daß er am Ende der Woche 5 bis 6 M. weniger verdient hat. Die Arbeitszeit ist öfters eine unbegrenzte. Sieben Schichten pro Woche sind an der Tagesordnung. Sanitäre Einrichtungen sind so gut wie gar nicht vorhanden. Alles in traurigen Zustände. Die Arbeiter erwarten, daß sie von den Kollegen allerorts in ihrem Kampfe unterstützt werden, indem sie für Fernhaltung von Zugzug sorgen.

Siegen. Die Arbeiter der Amblechrohrenfabrik von Heinrich Strömmer kamen am 1. August zu einer Betriebsversammlung zusammen. Verschiedene Wünsche, zu wenig Beschäftigung, zu enge Kasse, ungenügende Einrichtungen zum Kaffeekochen, gaben die ersten Gründe zur Unzufriedenheit, dann soll demnach die Forderung zum Gehaltserhöhung gestellt, was einer Verlängerung der Arbeitszeit gleichkommen und die ohnehin schon knappe Zeit zum Mittagessen noch verkürzen würde. Dagegen wurde dann auch energisch protestiert. Ein die Arbeiter verbührender Ausschlag der Betriebskrankenkasse verdient besonders erwähnt zu werden, um zu zeigen, was man sich in einer Betriebskrankenkasse alles bieten lassen muß. Die Kontrolle der Kranken soll auch darauf ausgeübt werden, ob der Kranke reinen Wäsche anhat und in einem sauberen Bett schläft. Leider waren die Organisationsleitungen der Hirsch-Bundesgenossen und des christlichen Verbandes nicht dafür zu haben, bei der Firma wegen Abschaffung der Betriebskrankenkasse vorzugehen. Betriebskrankenkassen mit 250 Mitgliedern können doch so viele so nichts leisten, da wäre man doch wenigstens dafür einzutreten, daß man die Beiträge solcher Interessierten verlangt. An den Arbeitern selbst ist es nun allerdings, den rechten Weg zu suchen, um zu geordneten Verhältnissen im Betrieb und zu ungenügenden Arbeitsverhältnissen zu kommen. Ein Kollege von mir wagt auch auf die fälschlichen Betriebsverhältnisse zu sprechen, die Eisenindustrie zwischen den Kleinbahnen und der Kreisbahn, die die fälschlichen Betriebsverhältnisse nicht aus der Hand zu bekommen lassen. Arbeitsverhältnisse sind schon oft gemacht worden, aber es fehlt an einer energischen Haltung der Stadtverwaltung, wenn es heißt, zu einer Zusammenlegung der verschiedenen Kleinbahnen zu kommen.

Waldert. (Schloßhauer.) Bei der Firma Hermann Schulte, Dörfling, steht ein Teil der Arbeiter auf der Kündigungsliste, weil die Firma an verschiedenen Schloßhauer-Stationen bis zu 20 Prozent herabgenommen hat. Dieses ist für die betreffenden Arbeiter ein Lohnverlust von durchschnittlich 6 M. die Woche. Das bedeutet, dürfte jedem klar sein. Die Arbeiter haben sich die größte Mühe gegeben, die Firma zu bewegen, den Lohn zurückzusetzen, was aber alles vergebens. Daraufhin haben sich die Arbeiter veranlaßt, der Firma zu erklären, daß es ihnen unmöglich sei, zu dem reduzierten Preise die Arbeit zu machen, denn wollten sie lieber in 14 Tagen ausbleiben. Es dürfte nun der Firma schmerzlich zu fühlen, Arbeiter zu haben, die die Schloßhauer zu dem reduzierten Preise machen, da sich ein einziger Arbeiter nicht als Lohnstreikter herausheben läßt. Es ist zu erwarten, daß die Firma jetzt beschaffen wird, die Lohnstreiker zu veranlassen, die Schloßhauer zu machen, was sie ja auch bei anderen Schloßhauer-Stationen schon gemacht hat. Aber auch diese werden wissen, was sie ihren Kollegen schuldig sind. Es wird erwartet, daß die Schloßhauer von Waldert der Firma erklären werden, daß ihre Löhne den jetzigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen, geschweige denn nicht noch reduziert werden können. Der hiesige Fabrikantenverein hat einen Maß ausgesprochen, den die Mitglieder des Betriebs in ihrem Betrieben ausgeführt haben. Dieser Maß ist, daß jede gewerkschaftliche oder parteipolitische Agitation in den Betrieben untersagt ist. Dagegen ist unterstellt, daß die Mitglieder des Betriebs zu beliebigen Zeiten sich ein beratendes Beirat bilden können, wird mit sofortiger Wirkung beauftragt, dieser werden diejenigen, die sich beurlaubt fühlen, angefordert, dies sofort ihrer Tätigkeit oder auf dem Rat zu machen. Der ganze Maß ist nichts neues, hat sich doch Herr Schulze in ähnlichem Sinne vor Jahren in einer von den Betrieben einberufenen Versammlung im hiesigen Fabrikantenverein ausgesprochen. Und wir wären nicht darauf zu kommen, wenn sich nicht ein überflüssiger Meister in einem Fabrikantenverein einen Ausschluß ausgesprochen hätte. In dem jetzt wieder die Zeit, wo das schlechte Volk wieder gegen den Lohn streikt, so man öfters eine Kasse, bestehend aus einer Gruppe von Arbeitern, bestehend aus mehreren Kollegen, bestehend aus einem Paar zu setzen bekommt. Eine solche Gruppe besteht aus einem Tagelöhner und einem Arbeiter, und wie das in den Betrieben üblich ist, werden auch die Arbeiter der Firma Straßschmid über die

Gruppe, und ein Kollege fragte seinen Nebenarbeiter, ob er den Lohn auch gesehen habe. Es dauerte einen Augenblick, und der Meister erschien bei den Arbeitern und fragte, wie sie dazu kämen, zu einem Nebenarbeiter Wör zu sagen. Das Gerüchten und die Feindschaft der Arbeiter war groß, und man fragte den Herrn Meister, ob er denn den Lohn auch gesehen habe, worauf er prompt mit Nein antwortete, aber zu gleicher Zeit erklärte, er werde sich danach erkundigen, und wenn in Waldert kein Wör über die Strafe spaziert sei, werde der Arbeiter sofort ohne Kündigung entlassen. Es geht das Gerücht umher, daß in nächster Zeit der Meister zum Obermeister avancieren soll, als Belohnung für seine eifrige Tätigkeit. Dieser Vorfall zeigt wieder einmal, wie man bestrebt ist, das Denunziantentum in den Fabriken zu züchten. Den Arbeitern aber erteilen wir den Rat, wenn sie auf Grund des Wafes ohne Kündigung entlassen werden sollten, ihre 14 Tage zu verlangen, und wenn ihnen diese verweigert werden, sich zu erinnern, daß in Waldert auch noch ein Gewerbegericht besteht.

Waren (Mettendorf). In Tageszeitungen des Inlandes werden von der Firma J. A. Scheu, Werkzeugmaschinenfabrik G. m. b. H., Präzisionsdreher und Schlosser sowie alle in einer Maschinenfabrik nötigen Arbeiter gesucht. Auf ein Bewerbungs-schreiben erhalten die Kollegen den Bescheid, daß die Firma eine im Entzügen begriffene Werkzeugmaschinenfabrik sei und jedem tüchtigen Arbeiter Gelegenheit geboten werde, sich in eine bessere Stellung emporzuarbeiten. Der Lohn sei den örtlichen Verhältnissen entsprechend hoch, auch seien die Mieten und Lebensbedürfnisse hier bedeutend billiger als in einer Großstadt. Da nun viele Anfragen an die hiesige Ortsverwaltung ergingen, so möchten wir an dieser Stelle die Verhältnisse klarlegen. Der Lohn beträgt bei 9/10 stündiger Arbeitszeit 35 bis 62 M. die Stunde und wird in absehbarer Zeit nicht steigen. Da Waren bekanntlich ein Kurort ist, so sind die Lebensmittel hier bedeutend teurer als in einer Großstadt. Beispielsweise kosten jetzt 2 Liter Kartoffeln 20 bis 25 M., Schweinefleisch das Pfund 75 bis 85 M., Karbonade 1 bis 1,10 M., das Pfund, Eier 10 bis 11 Stück 1 M. Infolge dieser Verhältnisse gehen die Kollegen sehr schnell wieder von hier fort, zumal weil dies der einzige derartige Betrieb am Ort ist. Die Firma sucht immer, ob sie Leute gebraucht oder nicht, im Vorrat zu haben und den bereits angehenden Kollegen jederzeit sagen zu können: Ihr könnt alle gehen, ich bekomme in zwei Tagen die ganze Rude voll, es bluten sich mir weit mehr Leute an als ich gebrauchen kann. Es werden nur verheiratete Leute eingestellt, die man dadurch bindet, daß die Umzugskosten bezahlt und als Lohnvorzuschuß gerechnet werden, außerdem wird von der Firma eine sehr genaue und saubere Arbeit verlangt. Da außerdem die Behandlung zu wünschen übrig läßt, so können wir den Kollegen nur raten, wohl zu überlegen, ob sie hierher kommen wollen. Da bei den hier beschäftigten 20 bis 25 Mann vier Aufpasser sind, so kann man sich auch über eine ungenügende Kontrolle nicht beklagen.

Wiesbaden (Regierungsbezirk Kassel). Bei der Firma Dr. Platner & Müller stehen die Metallarbeiter in einer Tarifbewegung. Die Firma versucht, die anscheinend Arbeitskräfte heranzuziehen. In Betracht kommen die Arbeiter: Klempner, Schlosser, Schweißler, Bergarbeiter und Zuschneider. Zugzug ist streng fernzuhalten.

Rundschau.

Siebenter Internationaler Metallarbeiter-Kongreß. Wegen Raummangels können wir unsern Bericht erst in Nr. 34 bringen.

Gewerkschaftliches.

Metallarbeiter. Mitgliederbestand der Organisationen in der Metallindustrie (nach dem Reichsarbeitsblatt):

	1. Quartal 1913	2. Quartal 1913	Zu- oder Abnahme
Deutscher Metallarbeiter-Verband	568105	564329	+ 1224
Kupfer- und Zinn-Verband	5286	5306	+ 20
Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Duncker)	44955	44593	- 362
„Christlicher“ Metallarbeiter-Verband	42236	42039	- 287

Elektronen oder Wasserkräfte?

Es gibt wirklich noch Gemütsmenschen in unserm materialistisch angehauchten Zeitalter. In diesen scheint auch der Inhaber des Elektrizitätswerkes in Borketten bei Emmendingen in Baden, Herr Julius Gerber, zu gehören. Der Mann ist wenigstens darauf bedacht, seinen Angestellten eine „abwechslungsreiche“ Tätigkeit zu bieten und sich ein kleines Vermögen, für den Fall, daß sein Angestellter eine der vielen Obliegenheiten etwa unvollkommen erledigen würde. Er arbeitete also den untenstehenden „Vertrag“ aus, den der „selbständige“ Elektronen- oder Wasserkraft-„F. G.“ unterschreiben sollte. F. G. verstand aber nichts von Schmierfäutern und hatte lieber auch kein Talent zur Kunst des Köchelhens und als Köchelhens hatte er auch noch nicht gearbeitet, denn wie er auf dem Schilde des Gemeinwesens und Karrierefährens eine geradezu prächtige Unterfertigung besaß. Aus allen diesen Gründen mußte er auf die schon Stelle verzichten und unterschrieb den Vertrag nicht, der ihm gewiß eine „vielseitige“ Beschäftigung gebracht hätte. Der Vertrag lautet nämlich:

Vertrag zwischen Julius Gerber, Inhaber des Elektrizitätswerkes Borketten oder dessen Rechtsnachkommen einerseits und ... Elektronen- oder Wasserkraft-„F. G.“ andererseits.

Julius Gerber überträgt die selbständige Maschinen- und Elektronenmontage des Elektrizitätswerkes Borketten dem ... unter folgenden Bedingungen: § 1. ... erhält einen Monatsgehalt von 120 M. nebst freier Wohnung und Licht im Seitenbau des Anwesens. § 2. ... verpflichtet sich, eine Kautions von 500 M. (hunderttausend Mark) zu stellen. Laut Vereinbarung ist Julius Gerber bereit, monatlich 25 M. als Kautionsfonds zurückzugeben, bis die 500 M. eingezahlt sind. Das Geld wird zugunsten bei der Spar- und Leihkasse Borketten angelegt und kann nur durch Julius Gerber als Einleger für ... abgehoben werden. § 3. ... verpflichtet sich, das ihm übertragene Werk in gewissenhafter Weise zu betreiben und in reinlichem Zustande zu erhalten, Sanftmütigkeit und Sorgfalt auf die Batterie zu verwenden und etwaige Störungen sofort zu beseitigen. Der Kautionsfonds ist täglich abzulassen betreffs sonstigen Stellen und sind solche ebenfalls mit dem Müller auszugeben. Große Vorsicht ist mit dem Feuer zu beobachten, wegen der mit Dreifachmaschine, Röhle und Öfen verbundenen großen Gefahr. § 4. Ende eines jeden Monats die Bücher ablesen, Bücher kontrollieren auf richtigen Anlauf und Stromgehalt einzuziehen nach erhaltenen Urteilungen. § 5. ... verpflichtet sich, die freie Tageszeit erlaubt, auszuführen, und jeweils im Interesse des Inhabers für Rechnung von Abnehmern Sorge zu tragen. § 6. Als Nebenbeschäftigung den ... ergebende Fall ist täglich zweimal, das ... während der Dreifachperiode befristet zu sein und für gute Schmierung und Reinigung Sorge zu tragen. Desgleichen, wenn nötig, ... ergebnis beim Feuer, Schmelzen und Kartoffel-ernte Das ... ist beim Müller gegen ... alle Schäden, hat er anzunehmen, und steht Julius Gerber oder den Rechtsnachkommen das Recht zu, ohne

gerichtliche Hilfe die Kautions zur Dedung anzugreifen. § 9. Gegenseitige Kündigung findet statt, und zwar jeweils am 1. eines Monats auf 3 Monate und ist eventuell in diesem Falle die Wohnung sauber gereinigt spätestens am zweiten Tage nach der Kündigungsfrist zu verlassen. § 10. Der Aufenthalt in dem Maschinenraum ist allen nicht darin beschäftigten Personen verboten und ist jede Beschäftigung fremder Personen nur mit Genehmigung des Inhabers gestattet. Zuwiderhandlungen in diesem Falle werden bestraft nach den allgemeinen Bestimmungen für elektrische Zentralen. § 11. Bei eintretendem Wassermangel ist die Lokomotive zu betanken und langsam mit dem Röhlenverbrauch zu verfahren. Nach Einstellung des Betriebes ist das Wasser abzulassen und die Maschine wieder gründlich zu reinigen. Im übrigen sind die Bestimmungen für Dampfmaschinen maßgebend und der Bestenende für alles verantwortlich. § 12. Tagesurlaub kann gewährt werden und ist aber dem Inhaber mindestens zwei Tage zuvor Mitteilung zu machen. Sollte durch Krankheit oder sonstige Verhältnisse der Dienst nicht besorgt werden können, ist Gerber verpflichtet, die verbliebene Zeit zur Bedienung am Monatsgehalt abzugeben. § 13. An Sonn- und Feiertagen ist abwechslungsweise zwischen Müller und Maschinenisten Vereinbarung zu treffen, damit ständig jemand am Werke ist, falls eine Gefahr, sei es durch Wasser oder Feuer, entstehen sollte. Die ... wurde doppelt ausgeführt, von beiden Seiten unterschrieben und anerkannt.“

Wahrlich, höher geht es nicht mehr. Jedes weitere Wort ist überflüssig. Wundern kann man sich nur darüber, daß es Unternehmer gibt, die es wagen, einem Menschen, der als Leiter eines Elektrizitätswerkes doch eine immerhin verantwortliche Stellung innehat, einen solchen Vertrag zur Unterschrift vorzulegen. Für die Verhältnisse im Elektromonteurberuf ist aber auch charakteristisch, daß Unternehmer glauben, Arbeiter zu finden, die dumm genug sind, einen Vertrag zu unterschreiben, nach dem man im Zweifel sein kann, ob die eigentliche Tätigkeit des Monteurs im Feld und Garten oder in seiner Zentrale ist.

Vom Ausland.

Osterreich. Auf den Stadwerken in Pilsen streiken die Modell-tischler. Von separattischer Seite wird mitgeteilt, daß in Deutschland Streikbrecher gesucht werden. Zugzug von Modell-tischlern fernzuhalten.

Rußland. Länger als drei Monate dauert schon ein Streik in St. Petersburg bei der Firma G. A. Lechner (A.-G.), Maschinenfabrik. Dieser Streik wurde veranlaßt durch die Weigerung der Firma, einen Aufseher Kavel zu entlassen. Kavel hatte nämlich ganz unbedeutend einen jugendlichen Arbeiter, Strongin, des Diebstahls bezichtigt, woraufhin Strongin Selbstmord beging. Die Firma wird von dem Verbande der Industriellen unterstützt. Bis jetzt ist die Stimmung der Streikenden eine vortreffliche. Die Arbeiter anderer Fabriken helfen den Streikenden bei. Die Firma versucht, Streikbrecher im Auslande (Deutschland, Schweden) zu werben. Die Organisationen des Auslandes werden daher gebeten, Zugzug fernzuhalten.

Verbands-Anzeigen.

- Mitglieder-Versammlungen.** (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)
- Samstag, 16. August:
 - Schwarzen. Otto Kraft, halb 9.
 - Schwab. Paul. Bertler, 8 Uhr.
 - Mittwoch, 20. August:
 - Blauenberg a. S. Vorwärts, 1/9.
 - Sagen-Weiler. Bennede, halb 9 Uhr.
 - Donnerstag, 21. August:
 - Rombach. Monopol, Vorstadtstr. 8.
 - Samstag, 23. August:
 - Kyvalde. Vorwärts, halb 9 Uhr.
 - Hirschleben. Wille, halb 9 Uhr.
 - Augsburg. Gesellschaftsbrauerei, 8.
 - Dortmund (former u. Sieberstr. 8.) Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.
 - Dortmund (Schmiebe). Kaufhof, Auf dem Berge, halb 9 Uhr.
 - Dortmund-Brackel. Kaufhof, 1/9.
 - Dortmund-Anna. Dieb, halb 9 Uhr.
 - Güthrow. Wiele, Grünrothel, 1/9.
 - Sagen-Salpe. Schneider, halb 9.
 - Sagen-Rüchelhausen. v.d. Höhe, 1/9.
 - Sagen-Weiler. Alter Preis, 1/9.
 - Reh. Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.
 - Döhrleben. Bruchstr. 11, halb 9.
 - Döhrleben-Selle. Halb 9 Uhr.
 - Sprottau-Kalau. Deutsches Reich, 8.
 - Zabingen. Gahnen, Marktstraße, 8/9.
 - Welfer (Mtl.) (Schloffer u. Pfeifer).
 - Zonhale. Poststr. 63, abends 8 Uhr.
 - Wörrlein-Weilerhaus. Post, 8 Uhr.
 - Wingarten. Post, halb 9 Uhr.
 - Witten. Wöhrmeier, halb 9 Uhr.
 - Wittenberg. Freudenberg, halb 9.
 - Montag, 25. August:
 - Breslau (Klempn.). Siehe Einlad., 8.
 - Dienstag, 26. August:
 - Selkischen (Klempner u. Install.). Zammis, halb 9 Uhr.
 - Hannover (Bauschl.) Gewerksch., 1/9.
- Vertrauensleutezusammenkünfte.**
- Crefeld (Nachrichtl.). Mittwoch 27. Aug., abends 9 Uhr, im Volkshaus.
- Bekanntmachungen der Betriebsverwaltungen etc.**
- Saalfeld a. S. Gestohlen wurde Buch Nr. 2108645, lautend auf den Drahtweber Max Feicht, geb. 17. März 1895, eingetr. am 2. Febr. 1913 in Saalfeld a. S.
 - Schweinfurt. (Berichtigung.) Heftgeld 9 bis 10 und 5 bis 6 Uhr. Samstags 9 bis 4 Uhr.
 - Wittenberg (Schweid). Wir er-luchen um Abgabe der Adresse des Schlossers Karl Pfandbauer, geb. 22. Febr. 1895 in Wels (Osterreich), österr. Reichsverbandbuch Nr. 157514, an die hiesige Sektion des Schweid. Metallarbeiter-Verbandes. Bureau: Schweid.
- Gestorben.**
- Sagan. Wilhelm Jung, Mechaniker, 38 Jahre, Lungenerlei.
 - Zugosch. Bei Weiskirch, Schloss, 20 Jahre, Malaria.
 - Kadowitz-Potsdam. Karl Geier, 54 Jahre, Lungenerkrankung (12).
 - Zugosch. Gustav Eggert, Former, 36 Jahre, Gehirnschlag.
 - Albert Baumann, Former, 40 J., Lungenerlei.
 - Mühl. Mehler, Arbeiter, 56 J., Magenkrebs.
 - Wilhelm Müller, Arbeiter, 53 J., Lungenerlei.

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Zifflere
 Berlin C. 54, Suiuenstraße 83/85.

Privat-Anzeigen.

(Zuschreibern betr. die Arbeitergehälter sind niemals an die Redaktion, sondern stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

Mehrere tüchtige Mechaniker
 für Präzisionsarbeit in dauernder u. lohnender Stellung gesucht. In derselben wird bezahlter Urlaub und Pensionsberechtigung erlangt. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften u. kurzem Lebenslauf an Carl Zeiss, Jena.

2 tüchtige Maschinenbauer. Sollen Stromen, finden sofort dauernde Beschäftigung bei G. Gracis, Fellen- und Werkzeugfabrik, Bromberg, Seynestraße 28/27.

Elektromonteur
 für Schnellpressen und Stempel, welcher mit allen Reparaturen vertraut und selbständig arbeitet, nur 1. Rang, sucht verlässliche Maschinenfabrik für Westfalen. Schriftliche Offerten, mit Lebenslauf und Lohnansprüchen, unter N. 3. 2225 an den Verlag dieser Zeitung erbeten.

Druck und Verlag von Alexander Schilde & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rätestraße 16 E.